Nr. 48. Montag den 28. Februar 1898. 5. Jahrg.

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 60 Pfg., bei Selbstabholung 50 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt" inkl. Bringerlohn 75 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4841) vierteljährlich 1.80 Mk., für 2 Monate 1.20 Mk., für 1 Monat 60 Pfg. exkl. Bestellgeld.

Chefredaktion: **Dr. Bruno Schoenlank.**

Inserate werden die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet. Vereinsanzeigen 15 Pfg. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition aufgegeben sein. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 6. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redaktion: Mittelstraße 6, part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telephon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

Morgen

Der französische Generalstab auf der Anklagebank.

An unsere Leser

richten wir beim Monatswechsel die Bitte, auch weiterhin für die **Leipziger Volkszeitung** zu werben.

Die Reichstagswahlen

stehen nahe bevor, und es gilt dann, den Regierungen auf ihre Politik eine kräftige Antwort zu geben. Das deutsche Volk hat Stellung zu nehmen zu der **Weltmachtspolitik** und dem **Chinaabenteuer**, zu den durch die feige Haltung des Centrums in sichere Aussicht gestellten **Marineforderungen** und der damit verbundenen **Mehrbelastung der Steuerzahler**, es hat fernerhin Stellung zu nehmen zu der **Arbeitertrutzpolitik**, die Hand in Hand mit der Weltmachtspolitik nach außen geht, und den Plänen zur **Verschlechterung des Wahlrechtes**.

Die Entscheidung ist ernst, und die Verantwortung der Wähler groß.

Die **Leipziger Volkszeitung** wird nach wie vor im Kampfe um die Freiheit und die Wahrung der Volksrechte in erster Reihe stehen und das ihre dazu beitragen, daß wahrhaft volkstümliche Wahlen erzielt werden.

Wir erwarten daher von unseren Freunden, daß sie für die **Leipziger Volkszeitung** weiter werben wie bisher.

Redaktion und Verlag der Leipziger Volkszeitung.

Leipzig, 28. Februar.

Zu den Postreformen wird uns aus Fachkreisen noch geschrieben:

Das Postgesetz stellt in seinem Paragraph 3 klar und bündig als Korrelat des Postzwangs die Pflicht der Post zur Annahme und Beförderung von Postsendungen und Zeitungen fest, sofern die Bestimmungen der Postordnung innegehalten werden. Und diese Bestimmungen regeln nur den Ausschluß von Gegenständen, deren Beförderung mit Gefahr für andere Gegenstände oder für Leben und Gesundheit der beteiligten Beamten verbunden ist; außerdem den Ausschluß von Postkarten mit beleidigendem oder sonst strafbarem Inhalt.

Weitere Ausschlüsse sind hier nicht gegeben. Und eigentlich erscheint auch jede weitere Reglementierung überflüssig. Denn der § 3 spricht ja nur von Annahme und Beförderung. Eine Pflicht zur Aushändigung der der Post übergebenen Gegenstände besteht für dieselbe eben nicht.

Diese Durchlöcherung der ihr aus dem Postzwang erwachsenden Verpflichtungen aber genügt noch nicht.

So hält z. B. die Postverwaltung auf Grund des Artikels 68 der Reichsverfassung auf ihren Betrieb den § 4 des preußischen Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 anwendbar, wonach während des Belagerungszustandes die Civil-Verwaltungsbehörden den Anordnungen und Aufträgen der Militärbefehlshaber Folge zu leisten haben. „Die Postbehörden haben den auf Aushändigung von Sendungen .... gerichteten Ersuchen zu entsprechen" (Fischer, Handwörterbuch für Staatswissenschaften), und Dambach bezeichnet in seinen Erläuterungen zum Postgesetz das Recht der Militärbefehlshaber zur Durchlöcherung des Briefgeheimnisses sogar als ein „unbedenkliches".

Auch bei der Debitierung der Zeitungen kommt derselbe Grundsatz zum Ausdruck. Wenn, sagt Dambach, „die weitere Verbreitung einer inländischen Zeitung auf Grund der bestehenden Gesetzgebung von den zuständigen Behörden verboten wird, so darf dieselbe von den Postanstalten nicht weiter verbreitet werden". Bei Ausführung dieses Verbots der Verbreitung beschränkt sich die Post nicht, wie aus dem Sinn des § 3 hervorgeht, auf die Nichtauslieferung der auf Grund des Abonnements eingehenden Nummern, sondern sie faßt das „Verbreiten" im weiteren Sinne auf und richtet ihren Spürsinn auch auf die etwa unter Kreuzband eingehenden verbotenen Zeitungen.

Zur Zeit kommen dafür ja „nur" Elsaß-Lothringen und die verbotenen ausländischen Zeitungen in Betracht; aber in den zwölf Jahren des Sozialistengesetzes hat die Postverwaltung allgemein gezeigt, wie sie das Wort „Verbreitung" zu interpretieren versteht.

Darüber, daß Kreuzbandsendungen, überhaupt Drucksachen wegen ihres event. strafbaren Inhalts von der Postbeförderung ausgeschlossen werden können, enthält die auf Grund des § 50 des Postgesetzes erlassene Postordnung — die jetzt gültige datiert vom 11. Juni 1892 — kein Wort. Auch die sich hieran unmittelbar anschließenden Ausführungsbestimmungen enthielten hierüber anfangs nichts. Das blieb jedoch nicht lange so. Die Berichtigung Nr. 71 wies dann die Postanstalten an — das mag 1893 gewesen sein, — nicht etwa in dem eigentlichen offiziellen, als Grundlage des Postbeförderungsvertrages geltenden und dem Publikum zugänglichen Wortlaut der Postordnung, sondern in den Ausführungsbestimmungen zu § 15 nachzutragen:

Drucksachen...., aus deren Inhalt die Absicht der Beleidigung oder eine sonst strafbare Handlung sich ergiebt, sind von der Postbeförderung ausgeschlossen.

Im Jahre 1879 am 28. März sagte Windthorst im Reichstage gelegentlich der Erörterung der auf Grund der bekannten Stephanschen Verfügung vom 6. Februar 1879 ausgeführten Briefbeschlagnahmen, daß, wenn man dieses Princip aufstellt, „man die Post in eine Stellung bringt, die ihr nicht zusteht, und von der sie sich fernhalten sollte, in die Rolle der Polizei nämlich".

Heute sind wir wieder so weit.

Ein kleines Loch hatte dieses fein ausgeklügelte System jedoch: der Ortsbriefverkehr war noch nicht in das staatliche Monopol hineinbezogen. Das machte nichts, so lange keine private Konkurrenz entstand oder diese sich auf wenige Städte beschränkte. Erst als sie sich des Ortsverkehrs eines halben Hunderts der größten deutschen Städte bemächtigte und nun die Möglichkeit gegeben war, unter Umgehung der Staatspost zwischen 55 Großstädten Drucksachen auszutauschen, wurde die Sache brenzlig. Da Kreuzbandsendungen dem Postzwange nicht unterliegen, so war es erlaubt, Drucksachen in verschlossenen Paketen durch die Eisenbahn zu versenden und an dem Bestimmungsorte durch die Privatpost zur regelrechten Bestellung zu bringen.

Ob von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht worden ist, wissen wir nicht; jedenfalls lag sie nahe und wäre sicher nicht unausgenützt geblieben, wenn ein für die Regierung ungünstiger Ausfall der Wahl Repressivmaßregeln ähnlich denjenigen des Sozialistengesetzes gegen uns gebracht hätte.

Jedenfalls waren der Regierung die Konsequenzen dieses Zustandes nicht ganz unbekannt geblieben. Das geht z. B. aus einem „Vortrag der Inhaber von Privatposten an den Bundesrat und Reichstag" vom 10. d. M. hervor, allwo es im Anschluß an die Mitteilung von der Einstellung eines Strafverfahrens gegen einen Privatpostinhaber und der an das Stadtpolizeiamt ergangenen Anweisung auf Ueberwachung des Inhabers heißt: „Zugleich hat der betreffende Referent die Frage aufgeworfen, ob dieses Aktenstück, aus dem die Gemeingefährlichkeit des Privatinstituts ersichtlich sei: man denke z. B. an die Verbreitung sozialistischer Schriften, nicht dem kgl. Ministerium des Innern zu unterbreiten sei."

Der leichteste und bequemste Weg, diese Möglichkeit zu

Feuilleton.

82] Nachdruck verboten.

Zwei Brüder.

Von **Guy de Maupassant.**

Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen von Emmy Becher.

„Ist Peter nicht unten?" fragte Frau Roland.

„Nein," erwiderte ihr Mann achselzuckend. „Ist seine Sache; er kommt ja immer zu spät. Sehe nicht ein, weshalb wir auf ihn warten sollen."

„Du solltest ihn holen," wandte sich die Mutter an Hans. „Es kränkt ihn, wenn man nicht auf ihn wartet."

Der junge Mann ging hinaus.

Mit der fieberhaften Entschlossenheit eines furchtsamen Menschen, der sich schlagen muß, stieg er die Treppe hinauf.

Auf sein Anklopfen rief Peter: „Herein!"

Er trat ein.

Ueber den Tisch gebeugt saß Peter und schrieb.

„Guten Morgen," sagte Hans.

Der andere stand auf.

„Guten Morgen!"

Und sie reichten sich die Hand, als ob nichts geschehen wäre.

„Du kommst nicht zum Frühstück?"

„Doch . . . das heißt . . . ich habe zu arbeiten."

Die Stimme des Aelteren war unsicher und sein Blick ruhte fragend und ängstlich auf dem jüngeren Bruder, als ob er von ihm hören möchte, was geschehen solle.

„Man wartet auf Dich."

„Ach so . . . ist denn . . . ist unsere Mutter unten?"

„Ja; sie selbst schickt mich, Dich zu holen."

„O dann . . . dann komme ich."

Vor dem Speisezimmer zögerte er einen Augenblick; er scheute sich, zuerst einzutreten, dann riß er die Thür hastig auf und sah Vater und Mutter einander gegenüber an dem Tische sitzen.

Ohne die Augen vom Boden zu erheben, ohne ein Wort zu sprechen, ging er erst auf die Mutter zu, beugte sich herab und bot ihr die Stirn zum Kuß. Das war seit einiger Zeit seine Gewohnheit; früher hatte er sie immer auf die Wange geküßt.

Er fühlte, daß ihr Mund sich seiner Stirn näherte, eine Berührung ihrer Lippen konnte er nicht wahrnehmen, und klopfenden Herzens richtete er sich nach dieser Vorspiegelung einer Zärtlichkeit wieder auf.

„Was ist zwischen den beiden nach meinem Weggehen vorgegangen?" fragte er sich.

Hans sagte sehr häufig „Mütterchen", „liebe Mama", legte zärtliche Sorgfalt an den Tag, bediente sie und war bemüht, ihr jeden Wunsch an den Augen abzusehen. Sie mochten also miteinander geweint haben, dachte Peter, aber wie sie die Lage der Dinge auffaßten, blieb ihm unklar. Hielt Hans seine Mutter für schuldig, oder seinen Bruder für ein Ungeheuer?

Von neuem überwältigte ihn die Gewissensqual, machte er sich Vorwürfe, so entsetzliche Worte gesprochen zu haben; es schnürte ihm den Hals zu und preßte ihm die Lippen zusammen; er konnte weder essen noch sprechen.

Ein übermächtiges Verlangen, dies Haus, das nicht mehr das seine war, zu verlassen, ein Drang, diese Menschen zu fliehen, an die keine Bande ihn mehr knüpften, erfüllte seine ganze Seele.

Augenblicklich, in dieser Stunde hätte er fort mögen, einerlei wohin, nur fort. Er fühlte, daß alles aus war, daß er nicht mehr in ihrer Nähe leben konnte, daß er schon durch seine bloße Gegenwart sie quälen und martern würde, selbst wenn er absichtliches Wehethun vermeiden wollte, und daß ihre Nähe ihm unerträglich, peinlich war und bleiben würde.

Hans führte ein lebhaftes Gespräch mit Roland. Peter merkte nicht auf, hörte nicht, wovon die Rede war, erst als er nach einiger Zeit im Tone seines Bruders eine gewisse Absichtlichkeit wahrzunehmen glaubte, gab er sich Mühe, den Sinn der Worte zu verstehen.

„Es wird offenbar," sagte Hans, „das schönste Schiff ihrer Flotte sein. Man spricht von sechstausendfünfhundert Tonnen. Im nächsten Monat wird es seine erste Fahrt machen."

Roland legte sein Erstaunen an den Tag.

„Schon! Ich hätte nicht gedacht, daß es dieses Jahr überhaupt schon auslaufen könnte."

„Doch, Vater; man hat die Arbeiten ungeheuer beschleunigt, um vor Herbst die erste Ueberfahrt machen zu können. Ich bin heute früh am Bureau der Gesellschaft vorübergegangen und habe mit einem von den Administratoren gesprochen."

„Wahrhaftig? Mit welchem denn?"

„Mit Herrn Marchand, dem speciellen Freund des Vorsitzenden ihres Verwaltungsrates."

„Wirklich? Du kennst ihn also?"

„Ja. Ueberdies hatte ich ihn um einen kleinen Dienst zu bitten."

„So. Aber nicht wahr, dann wirst Du mir die Erlaubnis verschaffen, die „Lothringen" ganz genau zu besichtigen, sobald sie von der Rhede in den Hafen eingelaufen?"

„Gewiß, nichts leichter als das!"

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-18980228/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

unterbinden und auch gleichzeitig innerhalb des Ortsverkehrs den Drucksachenaustausch an sich zu bringen, war die Ausdehnung des Postzwanges auf geschlossene Briefe. Damit fielen die Privatposten in sich zusammen und man hatte, ohne ein Wort verlautbaren zu lassen, seine zweite Absicht genau so erreicht, wie die erste.

Vor nicht langer Zeit noch den „Postanstalten des Staates wünschenswert", sich solcher Gegenstände „zu entledigen, deren Transport ebensogut durch den Privatverkehr bewirkt werden kann", ist es heute das Bestreben derselben „Postanstalten des Staates", diese damals wünschenswerte Konkurrenz zu beseitigen und den Staat als alleinigen Unternehmer einzusetzen. Zweifellos, er wird sein Ziel erreichen.

Aber eine ihm gewährte größere Machtvollkommenheit erheischt auch größere Garantien seinerseits. Und da der Entwurf nun einmal Aenderungen des Postgesetzes ins Auge faßt, so können sie auch etwas gründlicher ausfallen, als die Regierung beabsichtigt. Den Weg dazu haben wir angedeutet.

Politische Uebersicht.

Die Flottenvorlage ist durch!

Aus den letzten Verhandlungen der Budgetkommission des Reichstags, die wir an anderer Stelle ausführlich wiedergeben, tritt eines schon zu Tage, daß der Flottengesetzentwurf zu stande kommen wird und zwar mit ganz geringfügigen und belanglosen Abänderungen.

Das Centrum ist trotz allem hohlen Pathos des Herrn Lieber, trotz allen Ableugnungen seiner Presse, trotz dem drohenden Murren der Wählerschaft zusammengeklappt wie ein Taschenmesser. Es hat sich den Wünschen der Wasserpatrioten gefügt, der „Weltpolitik" seine Reverenz gemacht, das Etatsrecht des Parlaments gebunden, die Mehrbelastung um 557 Millionen gebilligt, den Steuerdruck erhöht.

Die Abänderungsvorschläge Liebers sind nahezu alle rein redaktionell, sie sind die wirkungslose Rückzugskanonade, die den Abfall, Umfall, die Déroute der Centrumshelden decken soll. Was vorne zum Scheine eingeschränkt wird, wird hinten wieder freigegeben, die ganze Silbenstecherei bindet die Regierung nicht im mindesten, Herr Lieber will sich eben den Ruhm, der „blamierteste Europäer" zu sein und zu bleiben, auch nicht um ein Jota mindern lassen.

Der einzige Abänderungsantrag, der nicht lediglich redaktioneller Natur ist, verlangt, dem Gesetzentwurf folgenden Zusatzparagraphen beizufügen:

Die bis zum Jahre 1904 einschließlich zur Ausführung dieses Gesetzes anzufordernden Mittel müssen nur bis zum Gesamtbetrage von 474 Millionen Mark an einmaligen Ausgaben und 28 Millionen Mark Steigerung gegen das Rechnungsjahr 1897 an fortdauernden Ausgaben bereit gestellt werden. Soweit sich das Gesetz mit vorstehenden Mitteln bis zum Ablaufe des Rechnungsjahres 1904 nicht durchführen läßt, ist die Ausführung bis über das Jahr 1904 hinaus zu verschieben.

Damit werden diejenigen Gesamtziffern für die Ausführung des Flottengesetzes bis 1904 limitiert, die die Regierungsvorlage selbst in der Begründung in Ansatz bringt. In dem Rahmen dieses Amendements aber ist es möglich, über den Anschlag hinausgehende Schiffsbaukosten bis 1904 durch möglichste Verschiebung aller Landbauten der Marine zu decken. Auch wird man bei unzureichendem Gesamtbetrage, wie zur Zeit des Militärpauschquantums für solche neue Ausgaben der Marine, an denen der Regierung besonders gelegen ist, mit Specialgesetzen an den Reichstag herantreten.

Natürlich ist die ganze feierliche Kundgebung des braven Lieber eine sorgfältig vorher abgekartete Mache.

Mit den Amendements des Abg. Lieber erklärte sich der Korreferent, der konservative Abg. v. Massow, von vornherein überall einverstanden. Abg. Dr. Lieber und v. Massow haben als Referent und Korreferent über diese Anträge nach der Freis. Ztg. lange Vorverhandlungen im Reichsmarineamt geführt. Das Reichsmarineamt hat natürlich mit der übrigen Reichsregierung dabei in Verbindung gestanden, ebenso wie Abg. Lieber mit den übrigen Führern der Centrumspartei. Somit kamen die ganzen Amendements schon als abgemachte Sache vor die Kommission.

Schon am Freitag sprach man in parlamentarischen Kreisen davon, daß die Regierung sich mit dem Centrum geeinigt habe. Die Verhandlungen der Kommission am Sonnabend hatten nur noch den Zweck, dem Abg. Lieber für ein Referat im Plenum Stoff zu geben.

Possenhaft mutete es an, daß die Kommissionsmehrheit, nachdem sie ihren Willen kundgethan hatte, über die Deckungsfrage bezüglich der Kosten noch ein langes und breites salbaderte.

Der Vorderste bei dieser Komödie ist wieder der bekannte „Finanz"politiker des Centrums, der Abg. Müller-Fulda gewesen. Dieser lange, dürre, gespenstische Rechenmeister ist das parlamentarische Stehauf-Männchen des Centrums, das die finanz- und steuerpolitische „Kritik" der Regierungsvorlagen in Denkschriften und statistischen Uebersichten für das Centrum besorgt, um den Kaufpreis bei den Kompensationsgeschäften zu steigern und die Wähler einzulullen.

Haben diese Kunststückchen gewirkt, so verschwindet Herr Müller lautlos, er drückt sich von entscheidenden Abstimmungen, er ist weg, ganz weg.

In der Börsengesetzkommission führte er die Opposition gegen das Verbot des Terminhandels in Getreide, er drückte die Ablehnung des Antrages durch, im Plenum, als das Centrum umfiel und den Antrag Schwartze annahm, war Herr Müller nicht zu haben, fort war er, wie weggeblasen.

Welches Glück, daß das Centrum solch ein cartesianisches Taucherchen hat, das auf den Daumendruck des Dr. Lieber steigt und sinkt, kommt und geht, ganz nach Wunsch.

Auch zur Flottenvorlage hatte Müller-Fulda eine statistisch erhärtete „Denkschrift" veröffentlicht, die unsere Optimisten hoffen ließ, das Centrum werde gegen die Vorlage eintreten. In der Kommissionssitzung am Sonnabend aber beschränkte sich der Tapfere darauf, seinen Fraktionsgenossen das „Herz" mit der Versicherung „schwer zu machen", daß zur Ausführung des Flottengesetzes **neue Steuern notwendig seien.**

Dieser Unkenruf wird dem Volke nicht lieblich klingen.

Wie wird die Wählerschaft des Centrums, das bepackt mit dem Flottengesetze in den Feldzug eintritt, das wohl aufnehmen?

Sicher werden die katholischen Industriearbeiter, sicher die süddeutschen Bauern die Herren ins Gebet nehmen. In Altbayern, wo der Bauernbund dem Centrum auf die Hacken tritt, wird das Centrum am stärksten bedroht sein. Warten wir ab, wie die bayerischen Centrumsleute stimmen werden! Mehrere haben erst kürzlich noch, wie wir authentisch wissen, ausdrücklich erklärt, daß sie nicht für die Vorlage stimmen dürften und könnten, sie könnten sich sonst in ihren Wahlkreisen nicht mehr blicken lassen.

Das Centrum hat wieder einmal sich als Organ der Reaktion, als volksfeindlich gezeigt, es wird Regierungspartei, weil es Anteil haben will an den Staats- und Reichspfründen, weil die katholische Bourgeoisie auf „Parität" mit der protestantischen Bourgeoisie drängt.

Gleichzeitig mit Müllers bedrohlicher Flottendenkschrift erschien in demselben Bachemschen Verlage die famose Denkschrift über die Parität in Preußen, die die Wünsche des stellenhungerigen, machtbedürftigen Centrums der preußischen Regierung vor Augen führte.

Mitregieren wollen die Centrumsleute, mit aus der Krippe gefüttert werden.

Und die große Masse, die noch im Schlepptau des Centrums einherfährt, zahlt die Zeche.

Hans zögerte; er schien nach einer passenden Einleitung zu suchen, nach einem Uebergang zu dem, was er eigentlich auf dem Herzen hatte.

„Ich muß sagen," fuhr er fort, „das Leben auf solch einem großen Transatlanter ist höchst annehmbar. Mehr als die Hälfte jeden Monats bringt man auf festem Lande zu und zwar in zwei Städten, die wahrhaft nicht zu verachten sind: Newyork und Havre, und die übrige Zeit schwimmt man in liebenswürdiger Gesellschaft auf hoher See und knüpft unter den Passagieren Bekanntschaften an, die sehr häufig nicht nur angenehm, sondern im höchsten Grad nützlich und förderlich für die Zukunft sind. Wenn man bedenkt, daß solch ein Kapitän mit dem, was er an den Kohlen profitiert, sich mit Leichtigkeit auf fünfundzwanzigtausend Franken im Jahr, wenn nicht mehr, stellt . . ."

Roland warf „Potz Blitz" dazwischen, was, durch ein Lippenschnalzen verstärkt, den Ausdruck seiner ganz besonderen Hochachtung für diese Summe und diesen Kapitän enthielt, und Hans berichtete weiter:

„Der Kommissär an Bord kann es bis auf zehntausend bringen und der Schiffsarzt hat fünftausend Franken festen Gehalt, dabei Wohnung, Kost, Beleuchtung, Heizung, Bedienung u. s. w. Das beläuft sich natürlich mindestens auch auf zehntausend, was immerhin eine anständige Summe ist."

Peter, welcher längst die Augen aufgeschlagen hatte, begegnete dem Blick seines Bruders, und sie verstanden sich.

Nach einigem Zögern fragte er: „Ist es sehr schwierig, eine solche Schiffsarztstellung auf einem Transatlanter zu bekommen?"

„Ja und nein. Es kommt das alles auf die Verhältnisse an, und ob man Verbindungen und Empfehlungen hat."

Ein längeres Schweigen folgte, dann nahm der Doktor das Gespräch wieder auf: „Im nächsten Monat läuft die „Lothringen" aus?"

„Ja, am siebenten."

Wieder schwiegen alle.

Peter überlegte. Kein Zweifel, daß, wenn er sich als Arzt auf diesem Dampfer einschiffen könnte, für jetzt jede Schwierigkeit gelöst wäre.

Später konnte man ja dann weiter sehen; vielleicht würde er nicht für immer auf dem Boot bleiben. Einstweilen aber konnte er sich auf diese Weise eine Existenz schaffen, ohne seine Familie in Anspruch zu nehmen, und das war viel wert.

Vorgestern hatte er sich gezwungen gesehen, seine Uhr zu verkaufen, denn jetzt konnte er sich natürlich nicht mehr an die mütterliche Hilfe wenden und sich ein Geldstück in die Hand stecken lassen.

Andere Hilfsquellen aber hatte er nicht, notgedrungen mußte er das Brot dieses für ihn unleidlich gewordenen Hauses essen und unter diesem Dach schlafen, das ihn zu erdrücken drohte.

Etwas unsicher und zandernd sagte er nach einer Weile: „Ich würde mit Vergnügen dies Reiseleben unternehmen, wenn ich eine solche Stelle erhalten könnte."

„Und weshalb sollst Du das nicht können?" fragte Hans.

„Weil ich kein Mitglied der Transatlantischen Gesellschaft kenne."

Vater Roland sah äußerst verblüfft drein.

„Und all Deine schönen Pläne, Dir hier eine glänzende Praxis zu gründen, was wird denn aus denen?" fragte Vater Roland.

(Fortsetzung folgt.)

Deutsches Reich.

Parlamentsbriefe.

Aus dem preußischen Landtage.

H. **Berlin**, 26. Februar. Das Abgeordnetenhaus trat heute in die zweite Lesung des Gesetzentwurfs, betr. Erhöhung des Grundkapitals der Centralgenossenschaftskasse, ein. Dem Antrage der Kommission entsprechend gelangte die Vorlage in unveränderter Form zur Annahme; nur die beiden freisinnigen Parteien stimmten dagegen. Besonders warm trat Vater Ploetz für die Miquelsche Pumpstation ein; sein Freund Dr. Arendt (freikons.) erging sich bei dieser Gelegenheit in unbegründeten Ausfällen gegen den Reichsbankpräsidenten Dr. Koch, der bekanntlich den Silbermännern ein Dorn im Auge ist. Da Dr. Koch nicht anwesend war, hätte man wohl erwarten können, daß Dr. Miquel die Angriffe zurückwies. Das geschah jedoch nicht, der Minister zog es mit Rücksicht auf seine agrarischen Freunde vor, sich auszuschweigen.

Sodann wurde die Etatsberatung fortgesetzt und der Etat der Centralgenossenschaftskasse ohne Debatte, der Etat der Handelsverwaltung nach unbedeutender Debatte erledigt. Hervorzuheben ist nur, daß Abg. Broemel (freis. Vg.) die Herabsetzung der Remunerationen der Börsenkommissare beantragte, den Antrag jedoch wieder zurückzog, nachdem Minister Brefeld erklärt hatte, er hoffe, daß die börsenlose Zeit bald ein Ende nehmen und daß die Kommissare dann in Thätigkeit treten werden. Inzwischen solle mit möglichster Sparsamkeit verfahren werden.

Am Montag beginnt die Beratung des Eisenbahnetats.

Die von dem Abg. v. Brockhausen (kons.) und Genossen eingebrachte Interpellation, betr. Besteuerung der Warenhäuser, lautet: „Welche Maßnahmen hat die Regierung in Aussicht genommen, um die Schäden und Gefahren, die dem gewerblichen Mittelstande durch die den Detailhandel mit Waren verschiedener Gattungen betreibenden großkapitalistischen Unternehmungen entstehen, thunlichst einzuschränken?" Eine Resolution, betr. Besteuerung der Warenhäuser, hat das Haus bekanntlich am 9. Juni 1896 angenommen, die Regierung hat ihr aber bisher keine Folge gegeben.

Chinesisches.

Eisenbahnkonzessionen.

Der Times wird aus Peking gemeldet: Eine kaiserliche Verfügung hatte ein chinesisches Syndikat ermächtigt, mit fremdem Beistande, mutmaßlich amerikanischem, eine Feldbahn von Tientsin nach Chinkiang durch Shantung zu bauen. Baron Heyking, der deutsche Gesandte, erhob dagegen Einspruch, weil Deutschland das ausschließliche Recht, Eisenbahnen in Shantung anzulegen, gewährt worden sei. Eine Pekinger Reuter-Drahtung bestätigt, daß Deutschland ein thatsächliches Eisenbahn- und Bergbaumonopol in der Provinz Shantung erlangt habe.

Wie Wolff citiert.

Das Wolffsche Telegraphenbureau verbreitet eine Depesche der Times aus Singapore über die Bewegungen des Prinzen Heinrich daselbst, hat aber, wie aus den jetzt vorliegenden Times hervorgeht, den Schluß fortgelassen. Derselbe lautet folgendermaßen: „Prinz Heinrich hat sich außerordentlich (exceedingly) versöhnlich und taktvoll gezeigt. Hier ein Beispiel. Die Deutschen hatten geplant, als Prolog zu den Festlichkeiten im Teutoniaklub ihm eine etwas pointierte patriotische Adresse zu überreichen. Nachdem der Prinz die Adresse gesehen hatte, sagte er, er würde es vorziehen, wenn nicht öffentlich gesprochen würde. Die Adresse wurde daher unterdrückt."

---

* **Berlin**, 28. Februar. Am 26. Februar ist der Chef des Hauses Bleichröder, Generalkonsul Schwabach, ein Chef zugleich der Finanzfeudalität, zu Grabe getragen worden. Das offiziöse Wolffsche Telegraphen-Bureau meldet darüber:

Im Trauerhause war das Treppenhaus und der Saal, in welchem der Sarg aufgebahrt war, schwarz ausgeschlagen und mit den sehr zahlreich eingegangenen Kränzen und Blumenarrangements dekoriert. Seine Majestät der Kaiser, Ihre Majestät die Kaiserin Friedrich und Ihre Majestät die Königin von England hatten Kränze niederlegen lassen. Der Sarg, von Kandelabern umgeben, war über und über mit Blumen bedeckt. Vor ihm waren auf zwei Kissen die Orden des Verstorbenen aufgestellt. Eine zahlreiche distinguierte Trauerversammlung füllte den Raum und die anstoßenden Säle. Neben den Hinterbliebenen und den Angehörigen des Hauses Bleichröder seien genannt der Flügeladjutant Seiner Majestät des Kaisers, Oberst Graf v. Hülsen-Häseler, der Generaladjutant weiland Seiner Majestät Kaiser Wilhelms I., General der Kavallerie Graf v. Lehndorf, der Oberhofmeister Ihrer Majestät der Kaiserin Friedrich, Graf v. Seckendorf, der englische Botschafter Sir Frank Lascelles und die Mitglieder der englischen Botschaft, der italienische Botschafter Graf Lanza, der österreichisch-ungarische Botschafter v. Szögyenny-Marich, der französische Botschafter Marquis de Noailles, Minister Schönstedt, Reichsbankpräsident Dr. Koch, die Vertreter aller großen Banken und Handelshäuser und der Berliner Kaufmannschaft. Die Trauerrede hielt Rabbiner Dr. Klemperer von der jüdischen Reform-Gemeinde. Gesang eröffnete und schloß die Feier. Die Beisetzung fand auf dem Friedhofe in der Schönhauser Allee statt. Geheimrat Schwabach gehörte unter anderem auch seit Jahren dem Aufsichtsrat der Continental-Telegraphen-Compagnie (Wolffs Telegraphisches Bureau) an, in dem er fünf Jahre lang als Vorsitzender fungierte.

Dieser Vertreter des Geldjudentums, der Hochfinanz, den die offizielle Welt auch im Tode so ehrt, hat als Teilhaber des Hauses Bleichröder auf den internationalen Geldmarkt einen sehr großen Einfluß geübt. Was die Bleichröder'sche Bank unter Bismarck bedeutete, ist bekannt. Bleichröder war Bismarcks Finanzbeirat 1866 so gut wie 1870, er hat dem Fürsten immer nahe gestanden.

Ob Kardorff als Leidtragender mit zugegen war, meldet Wolffs Bureau nicht; Kardorff ist dem Hause Bleichröder, mit dem er so munter gegründet, sehr verpflichtet. —

Die Abtrennung der Medizinalabteilung vom Kultusministerium und ihre Uebertragung an das Ministerium des Innern ist den Berl. Pol. Nachr. zufolge im Princip für den 1. April 1899 beschlossen. —

Der deutsche Handelstag ladet zum 14. März d. J. seine Mitglieder zu einer Plenarsitzung ein. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Verlängerung des Privilegiums der Reichsbank, die Reichsunterstützung der Postdampfschiffahrtsverbindung mit Ostasien und die Vorbereitung von Handelsverträgen. —

Nachrichten aus Südwest-Afrika zufolge hat am 23. Dezember v. J. ein erfolgreiches Gefecht von Teilen der Schutztruppe unter Hauptmann v. Estorff gegen Aufständische im Nordbezirk des Schutzgebiets bei Zaub unweit Franzisontein stattgefunden. Die Truppe hat hierbei folgende Verluste erlitten

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-18980228/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Tot: Reiter Manß und Geißler. Schwer verwundet: Sekondlieutenant Bensen. —

Ueber eine Beobachtung des Centrumsabgeordneten Kaplan Dasbach durch Spitzel erhält die Tr. Landeszeitung folgenden recht rätselhaft klingenden Bericht aus Berlin: „Es giebt hier Detektivbureaus, die den Auftrag übernehmen, einzelne Personen zu überwachen und deren Privatleben auszukundschaften. Längere Zeit hindurch stand der Herr Abgeordnete Kaplan Dasbach unter einer solchen Ueberwachung von vier Beamten eines Büreaus dieser Art. Einer derselben beging die Unvorsichtigkeit, ein Telephon in dem Hause, in welchem Herr Dasbach wohnt, und vor welchem jene vier Personen sich fast den ganzen Tag aufhielten, zu benutzen und bei seinem Auftraggeber anzufragen, ob er noch länger auf seinem Posten bleiben solle, oder ob bald Ablösung kommen werde. Wenn Herr Dasbach in einen Pferdebahnwagen stieg, nahm einer der Beamten eine Droschke und fuhr ihm nach. Inzwischen hat die Ueberwachung aufgehört. Wer sie veranlaßt hat, wird wohl eines Tages bekannt gegeben werden können." —

Wie Professor Frank von der Berliner Landwirtschaftlichen Hochschule mitteilt, werden alle deutschen Regierungen energisch gegen die **San José-Schildlaus** vorgehen; alle inländischen Kulturen werden genau revidiert. Das preußische Landwirtschaftsministerium giebt ein Plakattableau, die Reichsregierung eine Schrift heraus. —

In einer Eingabe an den Reichstag hat die Kommission der Berliner Damen- und Kindermäntelfabrikanten zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen auf die Notwendigkeit der Erhaltung des Meistbegünstigungsrechts für Deutschland in den englischen Kolonieen hingewiesen, da sonst, falls dieses Recht verloren gehen sollte, für die deutsche Industrie und namentlich für die Damenkonfektion die Gefahr drohe, mit ihren Erzeugnissen aus den englische Kolonieen, insbesondere aus Kanada, zurückgedrängt zu werden. —

Der Hamb. Korr. veröffentlicht folgende offiziöse Mitteilung aus Berlin: „In Zeitungen, deren Charakter Mißverständnis herausfordert, wurden wiederholt Andeutungen gemacht, als könne in der Stellung unserer politischen Kreise zu dem sensationellen Vorgehen in Frankreich eine Aenderung eintreten, weil möglicherweise gewisse Parteiverschiebungen auch auf die politischen Beziehungen einwirken könnten. Diese Auslassung kann nur der Ausdruck persönlicher Meinungen sein. Für Deutschland hat es in der **Dreyfus-Sache** von Anfang an nur eine Frage gegeben, nämlich die, ob der wegen Spionage Verurteilte in Beziehungen zu deutschen Persönlichkeiten oder Behörden gestanden habe. Diese Frage ist zuletzt von dem Staatssekretär v. Bülow in der Budgetkommission des Reichstages in bündigster Weise verneint worden. Ein Widerspruch ist ja auch von französischer Seite nicht erhoben worden, nicht einmal von dem im Prozeß Zola als Zeuge vernommenen General Pellieux. Das Märchen von der Visitenkarte des Herrn v. Schwarzkoppen war von vornherein nicht ernst zu nehmen. Die deutsche Politik wird demnach auch weiterhin die Dreyfus-Esterhazy-Zola-Affaire als eine lediglich französische Angelegenheit behandeln, die die Beziehungen zu Deutschland, die bekanntlich durchaus befriedigend sind, in keiner Weise berührt." —

Der Berliner Universitätsprofessor Friedrich Paulsen veröffentlicht in den Preuß. Jahrb. einen Aufsatz über die akademische Lehrfreiheit und ihre Grenzen, in dem er sich auch gegen die Privatdocentenvorlage äußert. Er bestreitet, daß die Zugehörigkeit zu der Sozialdemokratie unfähig mache, die Wahrheit zu erkennen, oder die persönliche Ehrenhaftigkeit zerstöre, und tritt daher der Ansicht des Hrn. Bosse entgegen, daß ein Sozialdemokrat unter keinen Umständen Privatdocent bleiben und wie Hr. Arons beispielsweise über elektrische Wechselströme lesen dürfe. Die Entfernung eines politisch mißliebigen Privatdocenten durch die Staatsgewalt werde immer nachteiliger wirken, als es seine Wirksamkeit innerhalb der Universität vermöchte. —

Die endgültigen Ergebnisse der letzten Volkszählung vom 2. Dezember 1895 im preußischen Staate werden als 148. Heft der Preußischen Statistik veröffentlicht. Am 1. Dezember 1890 betrug die Gesamtbevölkerung Preußens 29955281. Die natürliche Vermehrung in den folgenden fünf Jahren betrug 2193367, die Zunahme durch die Einverleibung der Insel Helgoland am 1. April 1891 2086. Der Stand der Bevölkerung am 2. Dezember 1895 betrug nach Abzug eines nicht nachzuweisenden Abganges durch Auswanderung 31855123. Die männliche Bevölkerung wird von der weiblichen um **1435755** übertroffen. Die Zahl der Städte in Preußen ist seit dem Jahre 1875 um 22 zurückgegangen. Sie hatte damals 1288 betragen und betrug 1895 nur noch 1266. Ebenso ist die Zahl der Landgemeinden von 1880 zu 1895 von 87668 auf 86875 zurückgegangen. Auch die Gutsbezirke zeigen eine Abnahme. Ihre Zahl betrug 1885 noch 16718, 1895 nur 16143.

Von Interesse sind ferner die genauen Zahlen der Einwohner der größten Städte. Sie betrugen bei den 18 preußischen Städten mit über 100000 Einwohnern: Berlin 1677304, Breslau 378163, Köln 321564, Frankfurt a. M. 229279, Magdeburg 214424, Hannover 209535, Düsseldorf 175985, Königsberg i. Pr. 172796, Altona 148944, Stettin 140724, Elberfeld 139337, Charlottenburg 132877, Barmen 126992, Danzig 125605, Halle a. S. 116304, Dortmund 111232, Aachen 110551, Krefeld 107245.

Der hannoversche Oberkonsistorialrat Uhlhorn, ein bekannter Kirchenhistoriker, hat, so berichtet die Weser-Ztg., „die ehrenvolle Einladung erhalten, den Kaiser auf der demnächstigen Reise nach Palästina zu begleiten. Gleichzeitig hat der Kaiser Uhlhorn ersucht, ihm eine Denkschrift über die mutmaßliche Lage von Golgatha auszuarbeiten. Der hochbetagte Geistliche hat die Einladung zur Reise nach Jerusalem mit Rücksicht auf sein Alter zu seinem Bedauern ablehnen müssen, der zweiten Bitte wird er jedoch dem Vernehmen nach gern entsprechen."

„Aus besonderer Quelle" wird der Frankf. Zeitung mitgeteilt: Es stehe außer Frage, daß die **bayerische Regierung der Militärstrafprozeßordnung** unter keinen Umständen zustimmen wird, wenn nicht das bayerische Reservatrecht des eigenen obersten Militärgerichtshofes gewahrt wird. Wird das Reservatrecht nicht angetastet, und stimmen der Reichstag und die Bundesfürsten einer Militärstrafprozeßordnung zu, die nicht in allen Punkten der bisherigen Stellung der bayerischen Regierung entspricht, so wird diese ihre Ansprüche fallen lassen, um dem Zustandekommen einer Reichsmilitärstrafprozeßordnung nicht entgegenzutreten. Aber wie bemerkt, Voraussetzung sei die Erhaltung des Reservatrechtes, das in diesem Falle als Hoheitsrecht betrachtet werde. Auch einen bayerischen Senat beim Reichsmilitärgerichtshofe werde Bayern ablehnen und auf einem in Bayern bestehenden selbständigen obersten bayerischen Gerichtshofe bestehen. Dagegen werde wohl von Bayern zugestanden werden, daß die Mitglieder des bayerischen obersten Gerichtshofes sich nach Berlin zum Reichsmilitärgerichtshofe begeben, um das entsprechende festzustellen, wenn einmal ein Widerspruch in den beiderseitigen Rechtsprechungen eintreten sollte.

Der freikonservative Abgeordnete Freiherr von Zedlitz-Neukirch hat den Klageweg gegen die Nationalzeitung beschritten wegen Beleidigung. Der genannte Abgeordnete hatte im Abgeordnetenhause der Nationalzeitung den Vorwurf gemacht, sie beurteile die Politik nur vom großkapitalistischen Standpunkte aus, worauf die Nationalzeitung unter anderem erwiderte: für die ausgedehnte Preßthätigkeit des Herrn v. Zedlitz seien wohl nur Gründe des Gelderwerbes maßgebend. Vor Gericht kann es zu erbaulichen Feststellungen kommen.

Der Zedlitz ist der famose „Zeitungs-Geheimrat" der Post und der Berliner Politischen Nachrichten des Galiziers Schweinburg, einer der rührigsten Offiziösen.

Beanstandet wurde nach einem Berliner Blatte die diesjährige Steuererklärung des preußischen Finanzministers Johannes v. Miquel.

„Es ward ein Mensch von Gott gesandt, der hieß Johannes. Derselbige kam zum Zeugnis, daß er von dem Licht zeugete, auf daß sie alle durch ihn glaubten (Ev. Joh. 1, V. 6, 7)."

Und nun glaubet ihm die Steuereinschätzungskommission nicht!

Zur Psychologie der preußischen Bureaukratie. In den Grenzboten ist ein Artikel über „Sozialauslese" erschienen, worin die Auffassung, daß die höheren Schichten dem Aussterben verfielen infolge der Schädlichkeit der sitzenden Lebensweise, der Ueberanstrengung des Nervensystems u. s. w. und dann aus den unteren Schichten wieder ergänzt werden müßten, mit viel Eifer zurückgewiesen wird. Da liest man:

Ein paar Jahre lang hatte ich Verkehr mit einigen Regierungsräten und erfuhr dadurch ganz genau, wie die Herren lebten. Am meisten hatten die Schulräte zu thun. Der eine arbeitete täglich **vier Stunden**, von morgens 8 bis 12. Nachmittags, hat er mir wiederholt gesagt, **muß man nicht arbeiten.** Nach dem Mittagsschlafe ging er spazieren und machte Besuche und abends las er. Der eine Abteilungsdirigent bekannte offen, daß er **nur eine Stunde täglich arbeite.** Zwischem jenem Höchst- und diesem Mindestmaß bewegte sich die Arbeitszeit der anderen Herren. Dazu kamen dann noch wöchentlich eine Sitzung und bei den Schulräten die Visitationsreisen, die jedoch als angenehme Abwechselung empfunden wurden. Mit Richtern habe ich an drei Orten näheren Verkehr gehabt; über andere als gesellige Strapazen hatte keiner von ihnen zu klagen.

Wie müssen sich diese armen Bureaukraten quälen, wenn sie — den Achtstundentag der Arbeiter bekämpfen!

Juristen und Techniker in der preußischen Eisenbahnverwaltung verteilen sich bezüglich ihres Einflusses auf den gesamten Eisenbahndienst in einer für die technische Seite des Betriebes höchst ungünstigen Weise.

Wie die Deutsche Bztg. in ihrer Nr. 16 berichtet, befinden sich zur Zeit

unter den Räten	1. Klasse:	7	Juristen	gegen	1	Techniker
„ „ „	2. „	18	„	„	8	„
„ „ „	3. „	10	„	„	5	„
„ „ „	4. „	116	„	„	329	„
„ „ „	5. „	59	„	„	612	„

Aus dieser Tabelle geht hervor, welchen geringfügigen Einfluß die Techniker in den bestimmenden und maßgebenden obersten Behörden haben.

Wie sagte doch einst ein satirischer Techniker? Bei uns bauen die Juristen die Eisenbahnen und die Techniker führen die Prozesse.

Die Juristen „verstehen" bekanntlich „alles", siehe die Ergebnisse des preußischen Eisenbahnunfallministeriums! Wie notwendig wäre hier eine Reform, die die Sachverständigen, die Fachmänner an die Spitze stellte!

Ein Kartell Kanitz-Stumm. Wir hatten nach dem Berl. Tagebl. berichtet, daß die Abgeordneten Graf Schwerin-Löwitz und Vopelius eine Besprechung der Mitglieder des Wirtschaftlichen Ausschusses zur Vorbereitung der Handelsverträge zu Gunsten einer Wahlpolitik mit der Parole Kanitz-Stumm veranlaßt haben. Jetzt berichtet die Nationalliberale Korrespondenz:

Das Sammlungsprogramm, das dieser Versammlung vorgelegt wurde, ging im wesentlichen dahin: Ende 1903 laufen die Handelsverträge ab; es erscheine zweifelhaft, ob die bestehende Meistbegünstigungsklausel, die allen Staaten auch solche Konzessionen ohne Entgelt zufallen lasse, die von dritten Vertragsmächten mit wirtschaftlichen Opfern erkauft seien, sich aufrecht erhalten ließen. Weiterhin wird auf den wirtschaftlichen Ausschuß verwiesen und darauf, daß für die Wahlen die Sammlung der Interessen geboten sei. Der entscheidende Passus ging allerdings dahin, die Vertreter von Industrie, Landwirtschaft und Handel sollten nur für solche Kandidaten eintreten, die rückhaltlos auf dem Boden der nationalen Wirtschaftspolitik stehen, „unter Zurückstellung nebensächlicher Parteigegensätze". Wie zutreffend bereits hervorgehoben wird, gab zunächst zu Ausstellungen Anlaß der Passus über die Meistbegünstigungsverträge. Ferner ist, wie wir annehmen zu können glauben, gewünscht worden, statt „Zurückstellung nebensächlicher Parteigegensätze" „innerhalb der bestehenden Parteien" zu sagen, womit man agrarischerseits nicht einverstanden war, weil man auf dieser Seite, wie sich bisher gezeigt, der bisherigen Agitation trotz des Sammlungsprogrammes in vollem Umfang die Bewegungsfreiheit zu erhalten wünscht."

Aus dieser Notiz ergiebt sich, daß die Nationalliberalen bereit sind, diese Sammlung mitzumachen, wenn für sie ein Profit herausspringt.

Die Kölnische Zeitung schreibt dagegen:

Wir können dieses Vorgehen der beiden Herren nicht gerade ein glückliches nennen. Unseres Erachtens sollten die Mitglieder des Zollbeirats sich streng auf ihre wichtige und verantwortungsreiche Aufgabe beschränken und alles vermeiden, was die Objektivität ihres sachverständigen Rats auch nur dem Scheine nach beeinträchtigen könnte. Zu einer solchen Ueberschreitung dieser Grenzen scheint uns vor allen Dingen die geplante Aufstellung eines Wahlprogramms für die zukünftigen Wahlen zu gehören. Die Politik der Sammlung kann nicht durch schöne Worte und Redensarten gefördert werden. Wir haben im Gegenteil nach den letzten, mehrfach von uns namhaft gemachten Beobachtungen die Erfahrung machen müssen, daß diejenigen, die zur Zeit mit besonderem Eifer die an sich für alle gewerbetreibenden Klassen selbstverständliche Sammlung predigen, diese Sammlung vorwiegend in dem Sinne auffassen, daß die übrigen gewerbetreibenden Klassen den Zielen der extremsten Agrarier, eines Grafen Kanitz, eines Grafen Mirbach, eines Herrn v. Plötz und Dr. Hahn, dienstbar gemacht werden sollen.

z. **Breslau**, 27. Februar. Der, wie wir schon kurz gemeldet, flüchtig gewordene Rechtsanwalt und Reserveoffizier Hinkel von hier war eine angesehene Persönlichkeit in konservativ-muckerischen Kreisen. Er zeichnete sich besonders durch seine frommen Vorträge im hiesigen Verein „christlicher junger Männer" aus.

Auch im politischen Leben spielte er eine Rolle. Er war mehrfach konservativer Durchfallskandidat bei Reichstagswahlen. Zur Flucht wurde er veranlaßt infolge eines besonders schoflen Streiches. Hinkel führte die Vormundschaft über die uneheliche Tochter eines preußischen Generals, die dieser mit einer Witwe hier erzeugt hatte. Der Offizier hatte dem Kinde ein Vermögen von 75000 Mark hinterlassen und als Nachlaßpfleger wurde Hinkel bestellt, obwohl ein hiesiger Rechtsanwalt den Nachlaßrichter darauf aufmerksam gemacht hatte, daß Hinkel bei seiner schon weiteren Kreisen bekannten Vermögenszerrüttung für ein solches Amt nicht mehr geeignet erscheine. Schon im Juni v. J. bombardierte Hinkel denn auch einen Teil der ihm anvertrauten Mündelgelder im Betrage von 39000 Mark bei einem Breslauer Bankhause und den Rest hat er jetzt wahrscheinlich mit auf die Reise genommen. Seine finanziellen Schwierigkeiten entstanden lediglich aus seiner verschwenderischen Lebensweise. Er lebte weit über Vermögen und Einkommen als nobler Kavalier, hatte sich in der Nähe Breslaus auch ein Rittergut gekauft und suchte, wie es scheint, nach Möglichkeit seinen Parteigenossen Hammerstein zu kopieren.

Er war früher Regierungsassessor bei der Steuerverwaltung, mußte aber aus bisher unaufgeklärter Ursache diese Staatsstellung aufgeben. Flüchtig ist der Brave schon seit dem 10. d. M., hat dann jedoch noch bis zum 15. in Berlin gelebt und soll jetzt nach Amerika entkommen sein. Die hier mittlerweile vorgenommene Konkurseröffnung über sein Vermögen ergab, daß eine Masse überhaupt nicht mehr vorhanden ist.

z. **Aus Schlesien**, 27. Febr. Antisemiten und Konservativen im Wahlkreise Jauer-Landeshut-Bolkenhayn haben sich über eine gemeinsame Kandidatur zu den Reichstagswahlen nicht einigen können. Es wird also wohl dabei bleiben, daß die Antisemiten den Rechtsanwalt Müller-Bremen aufstellen, während von konservativer Seite der Gutsbesitzer Scholz aus dem Kreise Bolkenhayn in Aussicht genommen ist. Damit scheint wieder der Herr Landrat des Kreises Landeshut nicht einverstanden zu sein und er hat nun ein recht bemerkenswertes Mittel gewählt, den konservativen Wählern des Kreises begreiflich zu machen, daß er, der Herr Landrat von Portatius, eigentlich der geeignetste Kandidat ist. Das amtliche Organ des Herrn Landrats, das Landeshuter Kreisblatt, bringt nämlich einen „eingesandten Artikel", der als passendsten Kandidaten, „dem alle Fraktionen zujubeln werden", „unserm Herrn Landrat vorschlägt. Ob es danach dem findigen Herrn gelingt, die Kandidatur zu gewinnen, muß abgewartet werden, jedenfalls ist es aber recht charakteristisch für die Zustände in der konservativen Partei, daß ein konservativer Landrat in seinem eigenen Blatte für sich Reklame machen kann gegen einen schon bestimmt als Kandidaten in Aussicht genommenen Parteigenossen, der freilich weder adlgi noch auch Landrat ist.

Braunschweig, 26. Februar. In dem Disciplinarverfahren gegen den christlichsozialen Pastor Schall aus Bahrdorf hat die Disciplinarkammer auf Dienstentlassung erkannt.

g. **Nürnberg**, 26. Februar. Zu dem Gesetzentwurfe über die Sicherung der Bauforderungen gab der Stadtmagistrat Nürnberg ein ablehnendes Gutachten ab, weil er glaubt, daß durch die Bestimmung, wonach sämtliche Bauforderungen vor der ersten Hypothek stehen sollen, das Vertrauen zur Sicherheit der ersten Hypothek völlig erschüttert und der Baukredit sehr geschädigt würde.

München, 26. Februar. Eine Regierungskommission untersuchte heute die wiederholt besprochenen abscheulichen, von der Münchener Post aufgedeckten Zustände in der Gefangenenanstalt in Laufen.

⊠ **Stuttgart**, 27. Februar. Durch den Beschluß der Verfassungskommission, daß bei der Beschlußfassung über die einzelnen Kapitel jedes Kapitel einer Zweidrittelmehrheit bedürfe, ist die Frage der Verfassungsrevision wieder in ein Stadium gelangt, wo sich ihre Aussichten auch nicht im mindesten übersehen lassen. Es wird seine großen Schwierigkeiten haben, bei manchen Kapiteln eine Zweidrittelmehrheit selbst für die Regierungsvorlage zu bekommen. In der Frage der Gewährung des Budgetrechts an die Erste Kammer aber kann die ganze Verfassungsrevision jetzt scheitern. Volkspartei, Nationalliberale und Sozialdemokratie haben erklärt, die Revision nicht anzunehmen, wenn der Ersten Kammer das Budgetrecht gegeben werde. Eine einfache Mehrheit für die Verweigerung dieser Regierungsforedrung würde zu stande gekommen sein, eine Zweidrittelmehrheit aber gewinnt man nicht dafür, da außer den Privilegierten auch das Centrum bereit ist, der Ersten Kammer das Budgetrecht zu gewähren.

Es ist sehr leicht möglich, daß durch die für jeden Artikel geforderte Zweidrittelmehrheit die ganze Reform zum Schluß ein Gesicht bekommt, an dem die Volkspartei und der Sozialdemokrat und einige Sezessionisten der anderen Parteien, womöglich die ganze deutsche Partei (ihre bisherigen Versicherungen lauten so) so wenig Gefallen mehr daran finden, daß sie gegen das Ganze stimmen und so die verfassungsmäßig vorgeschriebene Zweidrittelmehrheit bei der Gesamtabstimmung vereiteln. Die Verfassungsreform, die die Volkspartei schon in der Tasche zu haben wähnte, ist also noch lange nicht fertig und auch mit der Abschaffung der Lebenslänglichkeit der Ortsvorsteher hat es noch gute Wege, nachdem die Kommission die Rückwirkung abgelehnt hat.

Kleine politische Nachrichten. Wegen Beleidigung des Offizierscorps hatte sich am 26. Februar der Redakteur der Breslauer Morgenzeitung, Adolf Bartsch, vor der Strafkammer zu verantworten. Die Beleidigung soll enthalten sein in einem Leitartikel vom 5. Dezember v. J., in dem besonders den jüngeren unter den Offizieren in scharfer Kritik ein „Tugendspiegel" vorgehalten wurde. Der Angeklagte wurde zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt. — Die französische Deputiertenkammer nahm am 26. Februar mit 336 gegen 160 Stimmen einen Gesetzentwurf an, durch den ein Zoll von 3 Franken im Maximaltarif und 2,50 Franken im Minimaltarif für silberhaltiges Blei und 4 Franken im Maximaltarif und 3,50 Franken im Minimaltarif für nicht silberhaltiges Blei erhoben werden soll. — Die in serbischen Offizierskreisen herrschende Unzufriedenheit tritt immer deutlicher zu Tage. Nunmehr beschuldigt ein pensionierter Offizier in einem Aufsehen erregenden offenen Schreiben den jetzigen Kriegsminister Wukowitsch, vor einigen Jahren Amtsgelder veruntreut zu haben. Die Regierung unterdrückte mehrere Zeitungen; auch dem Hauptorgane der Radikalen, Objek, soll dieses Los bevorstehen.

Schweiz.

Reformvorschläge.

Zürich, 27. Februar. Das hier tagende Komitee der linksstehenden Gruppen der schweizerischen demokratischen Partei forderte einstimmig die sozialpolitische Gruppe auf, bei der Bundesversammlung einen Antrag einzubringen betreffend die Wahl des Bundesrates durch das Volk und betreffend die Proportionalwahl des Nationalrates.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Hierzu eine Beilage.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-18980228/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Mittwoch den 2. März abends ½9 Uhr

Grosse Volksversammlung

in beiden Sälen der **Flora**, Windmühlenstrasse.

Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. 2. Gründung eines Wahlvereins für den 12. sächsischen Reichstagswahlkreis (Leipzig Stadt). 3. Diskussion.

[1878

Referent: Reichstagsabgeordneter **Friedrich Geyer.**

Zu zahlreichem Besuche ladet ein

Der Einberufer.

Achtung, Tischler!

Dienstag den 1. März abends punkt 7 Uhr

Oeffentliche Versammlung

in beiden Sälen der Flora, Windmühlenstraße.

Tagesordnung: Die Lohnbewegung in der weißen Möbelbranche.

Die Versammlung wird **punkt 7 Uhr** eröffnet mit Rücksicht einer, um ½9 Uhr im selben Lokal stattfindenden Versammlung, daher, Kollegen, erscheint rechtzeitig!

Kollegen! Sorgt für gute Agitation zu dieser Versammlung. — Die Werkstatt-Delegierten werden ersucht, die Verhandlungen mit den Arbeitgebern betreffs unserer Forderungen bis Dienstag mittag zu erledigen. Sollten bis abends 6 Uhr die Forderungen nicht bewilligt sein, so ist der Tarifkommission in der „Flora" bis ½7 Uhr Mitteilung zu machen.

1762]

Die Tarifkommission.

Achtung, Schneider.

Dienstag den 1. März abends 8½ Uhr

Große öffentliche Versammlung

in beiden Sälen der Flora, Windmühlenstrasse 14.

Tagesordnung: 1. Bericht über die Beantwortung unserer Forderungen seitens der Arbeitgeber und Stellungnahme dazu. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.

Die Herren Arbeitgeber sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen.

Die Lohnkommission.

Maikomitee.

Nicht heute Montag **Zusammenkunft,** sondern morgen Dienstag den 1. März abends halb 9 Uhr bei

Herm. Richter, Plagwitz, Restaur. Kamerun.

Sozialdemokr. Verein L.-Ostbezirk.

Donnerstag den 3. März abends halb 9 Uhr

Versammlung

im Thüringer Hof zu Volkmarsdorf.

Tagesordnung: 1. Die erwerbsthätigen Frauen und ihre Rechte.

Referentin: Frau **Greifenberg** aus Berlin.

2. Kommunale Verhältnisse im Osten Leipzigs. 3. Partei- und Vereinsangelegenheiten. 4. Fragekasten.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Naturheilverein L.-Gohlis.

Der für Dienstag den 1. März angesetzte Vortrag findet erst am **9. März, Bußtag,** in **Schloss Drachenfels** statt.

[1883

Thema: **Nervenkrankheiten.**

Referent: Herr **Gerling, Berlin.**

Der Vorstand.

Grosskopfs Restaurant Volkswohl

Neuschönefeld, Schulstraße 21.

Dienstag den 1. März Pfannkuchenschmaus

wozu ergebenst einladet [1871] D. O.

Geschäfts-Anzeige.

Hierdurch beehre mich, den geehrten Einwohnern und werten Nachbarn von **L.-Anger u. Umgegend** ergebenst anzuzeigen, daß ich heute meine **Bäckerei** mit Kundschaft dem Herrn **Ottomar Franke,** früher Werkführer bei Herrn Ziesche, übergeben habe. Für das mir stets entgegen gebrachte Wohlwollen bestens dankend, bitte ich, dasselbe meinem Herrn Nachfolger gütigst zu übertragen.

Hochachtungsvoll Wtwe **Emma Nebe, Bernhardstraße 20.**

Bezugnehmend auf obiges, werde ich mich bemühen, das Geschäft in derselben Weise fortzuführen und nach allen Richtungen meine werte Kundschaft zufrieden zu stellen. Ich bitte, mein neues Unternehmen gütigst zu unterstützen.

L.-Anger-Crottendorf, den 27. Februar 1898.

Hochachtungsvoll **Ottomar Franke.**

Geschäfts-Eröffnung.

Einem hochgeehrten Publikum sowie allen meinen werten Freunden und Bekannten hierdurch zur gefl. Kenntnis, daß ich am 1. März d. J., **Nürnberger Straße 51,** ein [1882

Cigarren-Geschäft

eröffne. Indem ich bestrebt sein werde, allen Anforderungen der Herren Raucher in Bezug auf Güte und Preiswürdigkeit der von mir geführten Fabrikate gerecht zu werden, empfehle ich mein Unternehmen geneigter Berücksichtigung und bitte um regen Zuspruch. Hochachtungsvoll

Franz Jentzsch

Mitglied der Leipziger Sänger.

Upmann, beste 5 Pfennig-Cigarre, kauft man nur bei **Herm. Scheibner,** Gerberstraße 54.

Gelegenheitskauf.

Junge Schnittbohnen

soweit der Vorrat reicht

5 Pfd.-Dose	4 Pfd.-Dose	3 Pfd.-Dose
65 Pfg.	55 Pfg.	42 Pfg.

Brechbohnen 2 Pfd.-Dose 28 Pf.

Ferner empfehle ich: [1772

Stets frisch

Gebrannt. Kaffee

gut und kräftig schmeckend

à Pfd. 80 Pfg.

Albin Reichel

13 Gerberstrasse 13.

Reudnitz: gegenüber d. Kirche

Gohlis: neben d. Schillerschl.

Delitzsch: Breite Strasse.

Butter, 10 Pfund-Kolli, 4.80, **Hühner,** fleischl. Eier-leger, gar. leb., 3-4 St. 6 Mk. Spitzer, Tiuste 26 (Oest.)

Privat-Mittagstisch an Hrn. 40 Pfg. mit Kaffee.

1170] Volkmarsdorf, Elisabethstr. 26.

Heute frische Schellfische

Lieferung frei ins Haus.

Telephon 1, Nr. 166.

Eduard Dörr

Neuschönefeld, Eisenbahnstr. 82.

Speisekartoffeln, Ctr. 2.40 Mk. verkauft F. Opitz, Volkmarsdorf, Luisenstraße 47.

Blassrote sehr mehlr. Kartoffeln

7 Pfd. 20 Pfg., à Ctr. 2.50 ab Keller Nürnberger Straße 35. Röhr.

Kaufen Sie keine!

Accord- o. Schlag-Zither, Mund-, Blas- oder Zieh-Harmonika, ob. sonst ein Musikinstrum., ehe Sie sich v. d. Güte u. Preiswürdigkeit der v. mir geführten überz. haben. 10 % Extra-Rabatt gew. ich den Lesern dieser Zeitung.

Max Vormeyer, Münzgasse 10.

Billige, dauerhafte Möbel verkauft **Schade,** Lindenau, Marienstr. 28.

Urania.

Saal des evangelischen Vereinshauses, Rossstrasse 14.

Mittwoch den 2. März 1898

nachmittags 3 Uhr zu halben Kassenpreisen

19. Extra-Vortrag

Das Geheimnis des Nordpols.

Großer dekorativer Ausstattungs-Vortrag in 3 Akten von **Dr. M. Wilh. Meyer.**

Nachmittagspreise: Sperrsitz 1 Mk., Balkon 75 Pfg., Seitenparterre 50 Pfg., Galerie 25 Pfg.

Abends 8 Uhr **44. Vortrag** Abends 8 Uhr.

Abendpreise: Sperrsitz 2 Mk., Balkon 1.50 Mk., Seitenparterre 1 Mk. Galerie 50 Pfg.

Die Tageskasse ist täglich von 11 bis 1 Uhr im Vereinshause geöffnet.

Die Herren Studierenden der hiesigen Universität zahlen gegen Vorzeigung der Legitimationskarte auf Sperrsitz und Balkon die Hälfte. [1874

Nur noch kurze Zeit!

Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Ibsen-Theater.

Direktion: Dr. Karl Heine.

III. Gastspiel

Theatersaal des Krystall-Palastes

Dienstag den 1. März 1898

Ein Volksfeind.

Schauspiel in 5 Akten von Henrik Ibsen.

Einlaß 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende nach 10½ Uhr.

Preise der Plätze: I. Parkett 2.50 Mk., II. Parkett 1.50 Mk., Mittelbalkon 1 Mk., Seitenbalkon 50 Pfg., Saal 30 Pfg. Die Kasse des Ibsen-Theaters befindet sich im Krystall-Palast und ist täglich von 10 Uhr an geöffnet. Eine Vorverkaufsgebühr wird nicht erhoben. [1892

IV. Gastspiel: Mittwoch den 2. März: **Hedda Gabler.**

Zucker

gemahlen à Pfund 24 Pfg. [1499

Schmalz à Pfund 40 Pf., Mehl 00 à Pfund 14 Pf.

sowie **sämtliche Kolonialwaren** offeriert billigst

F. Beerholdt, Markt 5.

Kunst-Zähne von 2 Mk. an.

Neue elektrische Apparate

Plomben, Operationen schmerzlos.

Georg Leo

Reichsstrasse Nr. 29/31, II.

Zahn-Atelier v. Arthur Stolper.

Anfertigung v. Zähnen, Plomben u. s. w.

Grimmaischer Steinweg 4, II.

Neugebauer, akad. gebild., staatl. nicht geprüft. Prakt. d. Homöopathie u. Naturheilmethode, früher an Dr. Willm. Schwabes Poliklinik, heilt n. langj. Erf. grdl. Geschlechtskrankh. d. M. u. Fr., Blasen-, Nieren-, Magen-, Darm-, Haut- u. Nervenleid., Rheumat., Bleichsucht ꝛc. Grimm. Str. 21, II. Sprechst. 9—2, 5—8, Sonnt. 10—11 Uhr; n. ausw. briefl.

Warzen und Gewächse beseitigt **Ernst Ulrich,** Barbier Ecke Moltke- und Brandvorwerkstr.

Frau **B. Meerheim,** Hebamme L.-Sellerh., Wurzener Str. 111, Turnhalle.

Patent-Bureau Lipsia 3 Grimmaische Str. 3 besorgt Patente, Gebr.-Muster, Markenschutz, unter günstigen Zahlungsbedingungen.

Rath und Auskunft in schwierigen Rechtssachen unter Garantie. Gesuche, Verträge ꝛc. ꝛc. Bureau: Grimmaische Str. 26, I., 4—7 N.

Brillen, Klemmer, Opern- u. Reisegläser sowie alle opt. Waren empfiehlt zu äußerst bill. Preisen **Gustav Kaniss** Tauchaer Str. 6. NB. Reparaturen gut u. billig. Abonnenten erh. 10 % Rabatt.

Halt! Wohin? Nur nach **Elisenstraße 3** bei L. Glänzel. **Wecker** nachts leuchtend **Mk. 2.25.**

66 getragene Uhren für Herren u. Damen von 6 Mk. an verkauft mit Garantie Uhrmacher **Hille, Neumarkt 18.** Billig: Uhrenreparaturen: Billig. **66**

Altes Gold kauft z. höchst. Preisen Uhrmacher Becker, Ranst. Steinweg 83.

3 Gedett Betten, gut gefüllt, f. 10, 14, 17 Mk. sof. zu verk. **Berliner Str. 10, p.**

Möbel, neu u. gebr., **Spiegel u. Polsterwaren** aller Art empfiehlt billig **Paul Gebauer, Plagwitz,** Ziegelstraße 20.

Möbel, Spiegel, Polsterwaren kauft man solid und billig bei **Eduard Walther,** Lindenau, Merseb. Str. 48.

1 n. Kinderbettst. m. Sprungf.-Matr. bill. z. verk. Lessingstr. 12, Gg. III. l.

Gummi-Waren Steter Eingang **patentierter** Neuheiten in: zur Gesundheitspflege in bester Qualität bei

Frau Auguste Graf

allein noch Nikolaistr. 4.

Preisliste nur geg. Freicouvert, nicht postl.

Wohnungsanzeigen.

Ein Logis, 150—180 Mk., weg. Todesfall per 1. April zu vermieten. Neuschönefeld, Schulstraße 27, p.

Frdl. Wohn., 2 St., Kam., K. u. Zubeh. z. 1. Apr. f. 225 M. z. verm. Schönef., Dimpfelstr. 55, I. m.

Frdl. möbl. Stube an 1 Herrn sof. o. spät zu verm. Müller, Thonberg, Kirchweg 5.

Schlafstelle für Herrn oder Mädchen. Schönefeld, Dimpfelstraße 14, IV. r.

Frdl. heizb. möbl. Zimmer an 2 Herrn zu vermieten. Stötteritzer Straße 5, III. r.

Frdl. möbl. Stube als Schlafstelle billig. Karolinenstraße 23, Mittelgeb. II. r. Andrä.

Wohnung, 3 Stb., K., z. 1. April f. 380 Mk. zu vermieten. Kochstraße 48, III. r.

Frdl. Schlafstelle für anständ. Herrn. Kapellenstraße 12, II. Mitte.

Freundliche Schlafstelle zu vermieten Volkmarsdorf, Ewaldstraße 82, I.

L. Stube z. 1. Apr. in d. Dimpfelstr. zu verm. Näheres Neustadt, Mariannenstraße 36, I.

Leere heizb. 2fenstr. Stube 1. Apr. zu verm. Zu erfr. Anger, Bernhardstraße 85, IV.

Ein Schuppen zu vermieten. L.-Neuschönefeld, Schulstraße 27, p.

Kl. Logis v. einz. Leuten zu mieten gesucht. Off. L. S., Plagwitz, Merseburger Str. 21, p.

Logis z. Pr. v. 200—300 Mk. zu mieten gesucht. Gefl. Offert. Davidstraße 2, H. I.

Gesucht 2 Kammern a. Schlafst. b. 15. März. Offert. unt. R. W. an die Exped. d. Blattes.

Leere Stube in Lind. o. Plagw. zu miet. gesucht. Karl Heine-Straße 100, Hrh. I. r.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Illge in Leipzig. — Druck und Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung G. Heinisch in Leipzig.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-18980228/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Oesterreich-Ungarn.

Der Adressenstreit. — Die Revolutionsfeier der Regierungen.

f. s. Was man Herrn v. Gautsch schon vor Monaten voraussagen konnte, ist für ihn nun glücklich eingetroffen: Er sitzt zwischen zwei Stühlen auf dem Boden. Die schon besprochene allerunterthänigste Adresse ist Sonnabend zur Debatte gelangt. Herr Professor Lippert hielt eine geharnischte Rede für die centralistische Verfassung. Die allerunterthänigste Adresse fand er nicht — unterthänig genug. Angesichts des allerhöchsten Jubiläums dürfe man nicht nörgeln und mäkeln, sondern müsse alles, was in diesen fünfzig Jahren über Oesterreich ergangen ist, gut und schön finden. Darauf begann die Linke ihren Ausmarsch. Aber nun — o Ueberraschung! — erhob sich der böhmische Statthalter und erklärte, zur Mehrheit gewendet, in scharfen, kurzen Worten, die Regierung stehe nicht auf dem staatsrechtlichen Standpunkt der Adresse, und werde sich an der Debatte nicht beteiligen. Die Regierung schließt sich also sozusagen dem Auszug der Deutschen aus dem Landtage an. Bei den Deutschen, denen die Erklärung Coudenhoves völlig unerwartet kam, blieb die beabsichtigte Wirkung aus, sie zeigten sich nicht im mindesten gerührt. Sie stehen doch bekanntlich auf dem Standpunkt, die Regierung hätte die Adreßdebatte überhaupt verhindern sollen! Die Tschechen aber erklärten, sie hätten sich von dieser Regierung nichts Besseres erwartet. So hat Herr v. Gautsch es verstanden, sich von beiden Parteien Kriegserklärungen zuzuziehen. Das hat ihn aber nicht aus der Fassung gebracht, — er hat nun die Eröffnung des Reichsrates wieder um ein paar Tage verschoben und wiederholt so das anmutige Spiel, daß Badeni im Sommer des Vorjahres getrieben hat. Statt das Parlament je eher je lieber einzuberufen, um für die Durchsetzung eines Ausgleiches mehr Zeit zu gewinnen, wartet auch er, bis ihn das Feuer auf die Nägel brennt; er hat nun auch nicht mehr als knappe sechs Wochen Zeit. Es wird nur ein bißchen Obstruktion notwendig sein, und man wird am 1. Mai auf demselben Flecke stehen, auf dem man am 1. Januar gestanden ist.

Herr v. Gautsch hat aber noch einen zweiten Grund, die Eröffnung des Reichsrates um ein paar Tage zu verschieben. Er, der absolute Herr von Oesterreich, gedenkt den 13. März 1898, den fünfzigsten Gedenktag des Sturzes Metternichs, für den die Arbeiter gewaltige Demonstrationen planen, in stillster Zurückgezogenheit zu begehen. Jedenfalls sticht Herr v. Gautsch durch seine Bescheidenheit vorteilhaft ab von seinem berüchtigten Kollegen jenseits der Leitha, der den Tag, an dem — die Preßfreiheit für Ungarn eingeführt worden ist, zum Nationalfeiertag erklären lassen will. Wenn Baron Banffy, der ungarische Einbrecherkönig, das Datum wüßte, seit dem das Stehlen verboten ist, so würde er auch diesen Tag zum ungarischen Nationalfeiertag machen. Er hat Galgenhumor genug dazu.

Ein vertagter „Tag".

Teschen (Oesterreich.-Schlesien), 28. Februar. Ein Depeschenbureau meldet: Der hier tagende deutsche Bauerntag mußte nach kurzer Debatte infolge provokatorischen (!!?) Auftretens der Sozialisten vertagt werden.

Warten wir authentische Nachrichten ab.

Frankreich.

Nach dem Zolaprozeß: Diktatur des Generalstabes.

Paris, 26. Februar. Nach den Geschworenen hat auch die Kammer vor dem Generalstabe kapituliert. Das politisch bedrohlichste Moment des Zolaprozesses war, wie bereits in meinem letzten Artikel ausgeführt, die Terrorisierung der Geschworenen durch die Generale de Boisdeffre und de Pellieux. Die Drohungen des ersteren mit der Kollektivdemission des Generalstabes bildete außerdem einen Empörungsakt gegen die militärische Disciplin und gegen das Gesetz, das Kollektivkundgebungen von Militärs untersagt. Selbst der Temps, das offiziöse Regierungsblatt, protestierte gegen diese „Vermischung der Gewalten". Als daher nach vielem Schwanken und nachdem die sozialistische Kammerfraktion auf die Einbringung einer Interpellation verzichtet hatte, der radikale Abg. Hubbard sich gegen den Willen seiner Parteifreunde zu einer Interpellation aufraffte, durfte man von allen demokratischen Elementen der Kammer wenigstens einen stillschweigenden Protest mit dem Stimmzettel gegen die spanischen Pronunciamiento-Generale erwarten. In Wirklichkeit aber haben nur vierzig Abgeordnete gewagt, gegen die Regierung zu stimmen, die die Generale in Schutz nahm und im Namen der „inneren und äußeren Sicherheit des Landes" Ausnahmegesetze in Aussicht stellte. Wie in allen bisherigen Dreyfus-Debatten, brauchte Méline nur das „Banner des Patriotismus" zu schwenken, um fast die gesamte bürgerlich-radikale Opposition in das Lager der reaktionären Regierungsmehrheit zu treiben.

Die Ironie der Geschichte wollte es, daß dieses Votum, das nach dem treffenden Ausdruck des Sozialisten Viviani „nur noch eine vom Säbel terrorisierte Republik" übrig läßt, gerade am 24. Februar 1898 gefaßt wurde, am fünfzigjährigen Gedenktage der Februarrevolution . . .

Das Votum der terrorisierten Kammer hatte zur unmittelbaren Folge den Rückzug einer vom oppositionellen Senator Fabre bereits vorher eingebrachten Interpellation über „den Gewaltmißbrauch des Generals de Boisdeffre". Der mutige Senator erklärte sich mit der Rechtfertigung dieses Gewaltmißbrauchs durch Méline durchaus zufrieden — und zwar aus „Patriotismus".

Méline rechtfertigte unter anderem die Haltung der Generale im Gerichtssaale damit, daß sie als Zeugen vollständig außerhalb des Bereiches der militärischen Disciplin gehandelt hätten. Und doch hat die Regierung am folgenden Tage den Advokaten Leblois des Amtes des Maireadjunkten entsetzt und den greisen Professor der Chemie am Polytechnikum (Ressort des Kriegsministeriums), Grimaux, „beurlaubt" — lediglich wegen ihrer gewissenhaften Zeugenaussagen im Zolaprozeß! . . .

Weitere Opfer des diktatorischen Generalstabes sind Oberst Picquart, den die schwerste Disciplinarstrafe, der Ausschluß aus dem Heere trifft, weil er vor dem Schwurgericht im Gegensatz zu den Generalstabszeugen keinen Meineid geleistet und — leider nur zum geringsten Teil — die verbrecherischen Machenschaften des militärischen Klüngels aufgedeckt hat; Artillerielieutenant Chaplain, der aus dem Dienste entlassen wird wegen eines Sympathieschreibens an Zola. Beiläufig, diese Thatsache konnte nur durch das „schwarze Kabinett" ausspioniert werden. Die Proskriptionsliste ist wohl nicht zu Ende. Die Regierung, genauer der Generalstab, darf sich jetzt alles erlauben. Die Proteste der wenigen republikanisch gebliebenen Blätter verhallen im Indianergeheul der nach Vernichtung des „Verratssyndikates" schreienden Generalstabspresse. Und das letzte Kammervotum hat der Regierung eine Blankovollmacht gegeben zu den empörendsten Willkürakten.

Barthou rührt sich. — Duellunfug.

Paris, 26. Februar. Nach einer Meldung des Echo de Paris gedenkt der Polizeiminister Barthou „scharfe Maßregeln" gegen einige belgische Blätter zu ergreifen wegen der Kommentare derselben zum Zola-Prozeß.

Nach dem Siècle soll der Untersuchungsrichter Bertulus die Ueberzeugung gewonnen haben, daß die dem Obersten Picquart zugegangenen anonymen Drohbriefe von dem früheren Geheimpolizisten Souffrain herrühren.

Einzelne Blätter protestieren gegen die Maßregelung des Professors Grimaux, der ja ebenso wie Boisdeffre nur seine Zeugenpflicht erfüllt habe.

Heute nachmittag wurde infolge eines auf die Zola-Angelegenheit bezüglichen Streites zwischen Clémenceau und dem Antisemiten Drumont ein Pistolenduell „ausgepaukt". Es wurden sechs Kugeln ohne Ergebnis gewechselt.

Großbritannien.

Lord Salisbury und Chamberlain. — Neuverwaltung von Rhodesia.

Σ **London**, 26. Februar. Ein französisches Sprichwort sagt, daß wer sich entschuldigt, sich anklage. Die Vorgänge im englischen Unterhaus am Donnerstag, wo Herr Chamberlain mit ganz unnötigem Nachdrucke und ungewohnter Wärme die vollständige Einmütigkeit des Kabinetts in Bezug auf die schwebenden Differenzen mit Frankreich über Westafrika hervorhob, rufen einem dieses Sprichwort ins Gedächtnis zurück. Herr Chamberlain hat entschieden zu viel behauptet. An der Einmütigkeit des Kabinetts hat niemand gezweifelt, ebenso wenig als an der Thatsache, daß die Nation hinter dem Kabinett stehe. Aber es ist auch jedem Beobachter klar geworden, daß in den letzten Tagen ein scharfer Konflikt entstanden ist zwischen der Methode des Lord Salisbury und dem Verfahren, das bei Herrn Chamberlain Anklang findet.

Beide Staatsmänner sind grundverschieden im Temperament und Erziehung. Lord Salisburys Verschleppungsmethode hat im Grunde die ganze Schwierigkeit mit Frankreich verschuldet. Es wäre gar leicht gewesen, schon vor Jahren die Machtbezirke Frankreichs und Englands im Hinterland von Lagos genau festzulegen, Lord Salisbury hat es verbummelt, und daher die Differenzen.

Der Kolonialminister Chamberlain hat es augenscheinlich für nötig erachtet, wie ein ungeduldiges Pferd über die Stränge zu schlagen, um den schläfrigen Kutscher auf dem Bocke zur Besinnung zu bringen. In Bezug auf Nigeria — so wird die neue Kronkolonie im Nigergebiet vom 1. April an heißen — muß Chamberlain von Lord Salisbury Weisungen annehmen, denn das Auswärtige Amt führt die Unterhandlungen mit Frankreich. Aber er versteht es ausgezeichnet, von Zeit zu Zeit auf eigene Faust Politik zu machen; das hat er diese Woch' gethan, und mit recht gutem Erfolg.

Daß Herr Chamberlain mit großer Schneidigkeit vorzugehen versteht, da wo er größere Machtvollkommenheiten hat, kann man aus dem Aktenstück ersehen, das er soeben über Rhodesie veröffentlicht hat. Die neue Verfassung und Verwaltung für dieses bis vor zwei Jahren von der Chartered Company recht willkürlich verwaltete Gebiet ist vielleicht nicht gerade ein politisches Meisterstück; aber unter den Umständen der beste Kompromiß, der sich machen ließ. Chamberlain hat den Aktionären, die für dieses Land etliche 160 Mill. Mk. ausgegeben haben, ohne viel dafür zu erhalten, außerordentlich wenige Befugnisse gelassen, sich selbst aber als Vertreter der Krone und Kolonialminister mit großer Klugheit das Recht der Einmischung und der Einsprache in allen Punkten gesichert. Wenn auch schließlich die Aktionäre, denen um ihre Aktiva bang ist, die Herren Rhodes und Beit wieder in die Verwaltung zurück rufen, so hat das wohl wenig auf sich; denn man hat den Herren die Giftzähne gezogen, und ihr Geld ist notwendig zur Entwickelung des Landes, zur Anlage von Telegraphenlinien und von Eisenbahnen, die dem Verkehr zu gute kommen.

Griechenland.

Eine hellenische Attentats-Schauermär.

Athen, 26. Februar. Wolffs Telegraphen-Bureau meldet offiziös:

Als König Georg heute nachmittag gegen 5 Uhr in einem Landauer mit der Prinzessin Marie von Phaleron hierher zurückkehrte, feuerten zwei Individuen, die sich in dem Graben neben der Straße versteckt hatten, aus Grasgewehren auf den königlichen Wagen. Der erste Schuß traf den Leibjäger, der neben dem Kutscher auf der königlichen Equipage saß, am Fuß. Als die zweite Kugel am Wagen vorbeipfiff, stellte sich der König aufrecht hin, um die Prinzessin zu decken.

Das eine Pferd des Wagens wurde ebenfalls getroffen, jedoch nur so leicht, daß der Wagen ohne weiteres Hindernis im Galopp davonfahren konnte. Der eine der Angreifer, der mitten auf der Landstraße niedergekniet war, zielte auf den König; dieser bemerkte indessen, daß das Gewehr **zitterte!!** Das ist auch wahrscheinlich der Grund der Rettung des Königs gewesen!

Der Attentäter, den der König deutlich erkennen konnte, schien sehr jung zu sein, kaum zwanzig Jahre alt. Dies war derselbe, der wiederholt hinter dem Wagen herschoß, als dieser davonfuhr, der andere Angreifer **versteckte sich** und schien **ängstlicher** zu sein.

Ein Gefühl des Abscheues gegen das scheußliche Attentat hat alle Kreise ergriffen. Die hervorragendsten politischen Persönlichkeiten haben sich beeilt, im Schlosse ihrem Unwillen und ihrer Teilnahme Ausdruck zu verleihen. Die Bewegung des Königs, der sich mit eigener Lebensgefahr erhob, um die Prinzessin zu schützen, ruft allseitig das Gefühl tiefer Rührung hervor. Die Stadt ist sehr ruhig.

Amtlich wird noch festgestellt, daß „zwei mit Grasgewehren bewaffnete unbekannte Individuen aus einer Entfernung von fast sechs Klaftern auf das königliche Fuhrwerk schossen". Ferner liest man: „Der König selbst hat außer den beiden Personen, die die Schüsse abgaben, weiter entfernt noch eine dritte im Augenblicke des Attentats bemerkt. Aus dem königlichen Gefolge war sonst niemand in der Nähe, nur ein Zögling der Kadettenschule folgte zu Pferde und kam, durch die Schüsse herbeigerufen, noch gerade zurecht, um die Missethäter in der Richtung auf den Hymettos fliehen zu sehen. Der Kutscher des königlichen Wagens versichert, von einem Hügel in der Nähe der Attentatsstelle aus habe ein bewaffneter Mann

---

Kleine Chronik.

Leipzig, 28. Februar.

Neues Theater. Schillers Wallenstein, von Herrn Oberregisseur Adler neu insceniert — man sollte denken, daß es sich da für die Theaterfreunde wohl gelohnt hätte, wieder einmal den schönen Bau am Schwanenteich von innen zu besichtigen. Aber siehe da! Die Theaterfreunde blieben letzten Sonnabend zu Hause und überließen es der Schuljugend, das Parterre und die Logen zu füllen. Wie ist das zu erklären? Hat der Name Schiller bereits so sehr allen Zauber verloren, daß sich die Gebildeten nur noch anstandshalber seine Tragödien ansehen? Oder hat man in den Kreisen der Kunstverständigen kein Vertrauen mehr in die Leitung unserer Bühne? Bezweifelt man von vornherein, daß es unter der Direktion Staegemann jemals möglich sei, eine nur einigermaßen würdige Klassikeraufführung zu sehen?

Ich weiß es nicht. Aber nach dem, was ich letzten Sonnabend über mich ergehen lassen mußte, kann ich es den Kunstfreunden nicht verübeln, daß sie das Theater schwänzten. Herr Adler — ich bemerke das ausdrücklich, um Mißverständnissen vorzubeugen — trägt an dem ganzen Jammer nicht die geringste Schuld, es wäre denn höchstens, daß er nicht energisch genug für vollständige Erneuerung unseres Schauspielensembles eintritt, ohne die an eine Besserung unserer Bühnenverhältnisse nicht zu denken ist. Aber was würde die Folge eines solchen Auftretens sein? Jeder, der die Geschäftsprincipien unseres Theaterdirektors kennt, wird sich die Frage selbst beantworten können. Herr Staegemann hätte preußischer Eisenbahnminister werden sollen; er hätte sicherlich mit seiner Verwaltung noch mehr Ersparnisse erzielt als Herr Thielen! Leider aber wurde er Leipziger Theaterdirektor, und nun entgleist bei uns auf der Bühne alles.

Wer vorgestern im Theater war, wird mir Recht geben. Was half Herrn Adler alle Meiningerei und aller Bühnenprunk, mit dem er Wallensteins Lager und die Bankettscene der Piccolomini ausstattete? Er konnte wohl mit der Statisterie die Lagerscenen und das Terzkysche Gastmahl retten, aber die Schillersche Dichtung als ganzes scheiterte an dem schlechten Spiel der Hauptdarsteller. Ich wüßte nur einen Künstler zu nennen, der seiner Aufgabe gewachsen war, und das war unser trefflicher Komiker, Herr Ernst Müller, der im Lager als Kapuziner einen leibhaftigen Abraham a Santa Clara und in den Piccolomini als Graf Isolani einen geadelten slowakischen Mausefallenhändler auf die Bühne stellte. Das war echte Schauspielkunst, die das, was der Dichter versäumt hatte — denn beim Grafen Isolani wenigstens fehlt, wie bei allen Wallensteinschen Generalen, jede scharfe individuelle Charakterisierung —, durch Mimik und Ton aufs glücklichste ergänzte. Außer ihm konnte von unseren Herren höchstens Herr Feistel, der als erster Holkescher Jäger den kriegerischen Leichtfuß prächtig verkörperte, die Aufmerksamkeit des Kritikers fesseln. Denn Herr Thiele als Questenberg, der immer noch eine der besten Leistungen des Abends bot, war zu farblos, und Herr Körner schadete dem Buttler, dessen Zeichnung nicht übel angelegt war, durch den langweiligen Tonfall seiner Stimme. Soll ich etwa unter der Damengesellschaft der Piccolomini, vor der sogar jeder nicht ganz verbohrte Schilleranbeter Reißaus nimmt, auch nach einer Ausnahme suchen? Da hätten wir höchstens Frl. Rudolfi zu erwähnen, die die entsetzliche Tochter Thekla, diesen sentimentalen Schmachtlappen mit den langen schönen Reden durch den Zauber ihrer Erscheinung beinahe erträglich machte.

Aber was ist eine Wallenstein-Aufführung ohne Wallenstein? Herr Borcherdt hat offenbar in manchem Kommentar allerlei von der zwiespältigen Natur des Friedländers gelesen. Was thut er nun als Schauspieler? Er läßt sein hölzernes Intriguantenorgan erklingen, wenn er als Feldherr und Politiker redet, und läßt einige hohle Geistertöne dazwischen fauchen, wenn der abergläubische Verehrer der Gestirne das Wort hat. Einfacher kann man sich die Sache in der That nicht machen. Ich begreife nur nicht, warum sich Herr Borcherdt, wenn er einmal mit der Stimme den Wallenstein in zwei Personen auseinanderreißt, nicht auch abwechselnd zwei Köpfe aufsetzt — den Feldherrnkopf und den Astrologenkopf.

Aber dieser Wallenstein ist noch ein schauspielerisches Meisterwerk gegen den Oktavio Piccolomini des Herrn Krause. Dieser biedermeiernde Diplomat, der sich wie ein Dorfschulze benimmt, soll einen Friedländer übertölpeln? Aber wie konnte die Regie diese Rolle einem Darsteller anvertrauen, der seine Sprechmanieren offenbar aus einer Leipziger Gosenstube hergeholt hat? Und nun gar Herr Otto als Max Piccolomini! Wenn diese durch und durch verunglückte Schillersche Figur einen blassen Schein von Wirklichkeit erhalten soll, muß der Darsteller durch seinen Vortrag das süßlich-sentimentale Phrasengedresch dieses Reiter-Obersten (!!) so viel als möglich mildern. Herr Otto aber schrie seine Liebe unter solchen Augenverrenkungen ins Parterre hinab, daß jeder gesund Empfindende herzlich darüber lachen mußte. Ueberhaupt schrie gestern so ziemlich alles, besonders Herr Häuseler als Illo und nicht am wenigsten auch — der Souffleur, der sonst, im Gegensatz zu den meisten anderen Beteiligten, seine Rolle zur Zufriedenheit ausfüllte.

E. St.

= **Ibsen-Theater.** Morgen Dienstag wird im Theatersaale des Krystallpalastes Ibsens Schauspiel: Ein Volksfeind zum erstenmal wiederholt. Da eine Verlängerung des hiesigen Gastspiels infolge anderweitiger Verpflichtungen unmöglich ist, so kann nur noch diese Wiederholung des Volksfeindes stattfinden. Anfang pünktlich 8 Uhr. (Näheres im heutigen Inserat.)

Berliner Theaterbrief. Aus Berlin wird uns vom 27. Febr. geschrieben: Die bekannte Meisternovelle Otto Ludwigs: Zwischen Himmel und Erde scheint eine unwiderstehliche Anziehungskraft auf stoffarme Theaterdichter auszuüben. Es ist kaum ein Jahr verflossen, seit ich über einen Durchfall berichten mußte, den sich Herr Otto Franz Gensichen mit der Dramatisierung der genannten Novelle im damaligen Theater des Westens zuzog. Jetzt hat eine verunglückte Première im Berliner Theater aufs neue bewiesen, daß die klassische Erzählung Otto Ludwigs der Bühnenbearbeitung grundsätzlich widerstrebt. Die tragische Geschichte der beiden Schieferdeckersöhne, des bösen Fritz und des guten Apollonius, weist zahlreiche sogenannte „dramatische Momente" auf und dieser Umstand hat bühnenkundige Dramatiseure angelockt, aus der Novelle ein Theaterstück zu machen.

Die guten Leute vergaßen nur, daß dramatische Scenen, wenn sie auf der Bühne wirken sollen, vorbereitet, begründet und entwickelt sein müssen. Die Vorbereitung, Motivierung und Entwickelung der dramatischen Auftritte in Ludwigs Novelle läßt sich aber nicht in der Form von Theaterscenen geben, sondern verlangt eine breite epische Behandlung. Der Dramatiker muß, wie Schlenther einmal sagt, immer mit Vieren fahren; die behäbige, liebevolle Kleinmalerei ist nicht seine Sache. Der litterarische Wert von Otto Ludwigs Erzählung besteht aber gerade in der tiefen, detailreichen Ausmalung der Charaktere und ihrer langsamen, folgerichtigen Entwickelung, die am Ende zur dramatischen Katastrophe führt. Das Auseinanderplatzen der Gegensätze selbst bedeutet für uns wenig, da die Charaktere schon vorher bis in alle feinsten Fasern bloßgelegt sind und uns nichts Neues mehr zu sagen haben. Die Schlußkatastrophe, die grauenhafte Scene auf dem

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-18980228/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

die Ankunft des Wagens durch Pfiffe signalisiert und habe ebenso den Missethätern das Zeichen zum Aufbruch gegeben, infolgedessen die letzten Schüsse schnell hintereinander abgegeben worden seien. Starke Patrouillen sind abgesandt worden, um der Mörder habhaft zu werden. Die Polizei ist einem Klub auf der Spur, dem einer der Verbrecher angehört zu haben scheint und von dem er, wie man annimmt (wer ist „man"?), durch das Los zur That bestimmt worden ist. Man spricht von einigen Verhaftungen."

Wir halten es für überflüssig, dieser rührenden Geschichte eine Bemerkung hinzuzufügen. Sie wirkt so schon melodramatisch genug.

Türkei.

Zwei Rundschreiben der türkischen Regierung.

Konstantinopel, 27. Februar. Die Pforte richtete an die türkischen Vertreter im Auslande zwei Rundschreiben. Das eine verlangt die Lösung der Kretafrage vor der Räumung Thessaliens; das andere, das sich auf die Ereignisse im Sandschak Ueskueb bezieht, kündigt die Freilassung der gefangenen Bulgaren an und dementiert die Gewaltthätigkeiten, die selbst durch die Aussagen der Bulgaren und die ärztliche Untersuchung in Abrede gestellt werden.

Das Rundschreiben fügt hinzu: „Die Unrichtigkeit der Behauptung konnte durch den gegenwärtig in Ueskueb befindlichen Sekretär der englischen Botschaft festgestellt werden."

Die Entscheidung über das Flottengesetz.

In der Budgetkommission des Reichstags wurde am 26. Febr. die Generaldebatte über die Flottenvorlage fortgesetzt, und zwar verbreitete sich zunächst der Referent **Dr. Lieber** in längerer Rede über die geforderte **Bindung des Etatsrechts**. Die logische Grundlage für eine gesetzliche Form sei in der Vorlage gegeben, sie sei wohl durchdacht und nach jeder Richtung gut durchgearbeitet. In den früher vorgelegten Denkschriften sei kein gesetzlicher Plan vorgelegt worden. Aber schon die Hollmannsche Denkschrift habe zwei Geschwader verlangt. Jetzt, wo zum erstenmal ein klarer übersichtlicher Plan vorliege, sei erst die gesetzliche Regelung möglich.

Nun werde von den Gegnern der Vorlage hervorgehoben, das verfassungsmäßige Budgetrecht des Reichstags solle „geknebelt" werden. Ja, Abg. Richter habe das Verlangen der Vorlage geradezu als verfassungswidrig bezeichnet. Demgegenüber verweise er auf Art. 71 der Verfassung, der besagt, die Ausgaben werden in der Regel für ein Jahr bewilligt, können jedoch in besonderen Fällen auch für eine längere Dauer bewilligt werden.

Dr. Lieber geht auf die Geschichte der Verfassung zurück und sucht nachzuweisen, daß seiner Zeit die Abgg. Dr. Miquel, von Bennigsen, Lasker u. a. die Anfügung des zweiten Satzes für unerläßlich hielten, besonders auch im Hinblick auf die Entwickelung der Marine. Nach Art. 71 sei also der Vorschlag des Entwurfs durchaus verfassungsmäßig. Neben dem Recht sei auch die verfassungsmäßige Pflicht zu betonen.

Es könne sich nur fragen, ob es an der Zeit sei, von der Ausnahmebefugnis, die Art. 71 biete, Gebrauch zu machen. Die Aera der Versuche gelte als abgeschlossen und kein Laie dürfe als solcher den Marinesachverständigen gegenüber die gesetzliche Regelung bekämpfen.

Die Forderungen für die äußere Sicherheit des Vaterlandes und für die innere Wohlfahrt müssen sich vereinigen lassen. Nach Art. 71 der Verfassung müsse die Dauer der Ausgaben befristet werden. Nun solle zwar der Reichstag bis zu einem gewissen Grade durch das Gesetz gebunden werden, aber die Bindung der verbündeten Regierungen sei nicht klar genug zum Ausdruck gebracht. Das müßte klarer geschehen. Die Motive müßten thunlichst im Gesetz Ausdruck finden, die ganze Organisation müsse im Gesetze ausgesprochen werden. Wenn der Reichstag sich binden solle, müßten sich auch die verbündeten Regierungen binden.

Eine mechanische Festlegung des Reichstags dürfe indes nicht stattfinden. In § 2, wo gesagt wird, die Mittel für die regelmäßigen Ersatzbauten seien so rechtzeitig in den Etat einzustellen, daß Linienschiffe nach 25 Jahren, große Kreuzer nach 20 und kleine nach 15 Jahren ersetzt werden können, müssen die Worte „in der Regel" eingeschaltet werden.

Was ferner die siebenjährige Erfüllungsfrist der Neubauten anlange, so würden Verschiebungen der in den Motiven beigebrachten Tabelle unvermeidlich sein. Also vor Ueberraschungen würden wir auch in Zukunft nicht sicher sein. Die Technik mache zudem immer weitere Fortschritte. Also wenn der Reichstag auf sieben Jahre gebunden werden solle, dann müßten sich auch die verbündeten Regierungen verpflichten, nicht mehr Geldmittel zu beanspruchen, als jetzt angegeben werde.

Danach beantragt Lieber für die Flottenvorlage die folgende Fassung:

§ 1.

1. Der Schiffsbestand der deutschen Flotte wird, abgesehen von Torpedofahrzeugen, Schulschiffen, Specialschiffen und Auslandskanonenbooten, festgesetzt auf:

a) verwendungsbereit:
- 1 Flottenflaggschiff,
- 2 Geschwader zu je acht Linienschiffen,
- 2 Divisionen zu je 4 Küstenpanzerschiffen,
- 13 Panzerkanonenboote,
- 6 große Kreuzer } als Aufklärungsschiffe
- 16 kleine Kreuzer } der heimischen Schlachtflotte,
- 3 große Kreuzer } für den Auslandsdienst.
- 10 kleine Kreuzer }

b) Als Material-Reserve:
- 2 Linienschiffe,
- 3 große Kreuzer,
- 4 kleine Kreuzer.

2. Von den am 1. April 1898 vorhandenen und im Bau befindlichen Schiffen kommen auf diesen Sollbestand in Anrechnung:
- Als Linienschiffe 12,
- „ Küstenpanzerschiffe 8,
- „ Panzerkanonenboote 13,
- „ große Kreuzer 10,
- „ kleine Kreuzer 23.

3. Die Bereitstellung der Mittel für die zur Erreichung des Sollbestandes (Ziffer 1) erforderlichen Neubauten unterliegt der jährlichen Festsetzung durch den Reichshaushaltsetat mit der Maßgabe, daß die Fertigstellung des gesetzlichen Schiffsbestandes thunlichst bis zum Ablauf des Rechnungsjahres 1904 durchgeführt werden kann.

§ 2.

Die Bereitstellung der Mittel für die erforderlichen Ersatzbauten unterliegt der jährlichen Festsetzung durch den Reichshaushaltsetat mit der Maßgabe, daß in der Regel
- Panzerschiffe nach 30 Jahren,
- Linienschiffe und Küstenpanzerschiffe nach 25 Jahren,
- große Kreuzer nach 20 Jahren,
- kleine Kreuzer nach 15 Jahren

ersetzt werden können.

Die Fristen laufen vom Jahre der Bewilligung der ersten Rate des zu ersetzenden Schiffes bis zur Bewilligung der ersten Rate des Ersatzschiffes.

Abweichungen von vorstehender Regel bedürfen der Zustimmung des Bundesrates und des Reichstages.

§ 3.

Die Bereitstellung der Mittel für die Indienststhaltungen der heimischen Schlachtflotte unterliegt der jährlichen Festsetzung durch den Reichshaushaltsetat mit der Maßgabe, daß im Dienste gehalten werden können

a) zur Bildung von aktiven Formationen:
- 9 Linienschiffe,
- 2 große Kreuzer,
- 6 kleine Kreuzer;

b) als Stammschiffe von Reserveformationen:
- 4 Linienschiffe,
- 4 Küstenpanzerschiffe,
- 2 große Kreuzer,
- 5 kleine Kreuzer;

c) zur Aktivierung einer Reserveformation auf die Dauer von 2 Monaten:
- 2 Linienschiffe oder Küstenpanzerschiffe.

In § 4 soll eingefügt werden, daß unter Kanonenbooten sowohl Panzer- als Auslands-Kanonenboote zu verstehen sind.

Die §§ 5 und 6 der Vorlage betreffen den Personalbestand und sollen unverändert bleiben.

Hinzugefügt soll folgender neuer Abschnitt, **IV. Kosten**, werden:

§ 7.

Die bis zum Jahre 1904 einschließlich zur Ausführung dieses Gesetzes anzufordernden Mittel müssen nur bis zum Gesamtbetrage von 474 Mill. Mark an einmaligen Ausgaben und 28 Mill. Mark Steigerung gegen das Rechnungsjahr 1897 an fortdauernden Ausgaben bereit gestellt werden.

Soweit sich das Gesetz mit vorstehenden Mitteln bis zum Ablaufe des Rechnungsjahres 1904 nicht durchführen läßt, ist die Ausführung bis über das Jahr 1904 hinaus zu verschieben.

Staatssekretär **Tirpitz** gab darauf die nachfolgende Erklärung ab:

Mit Ermächtigung des Herrn Reichskanzlers gebe ich die Erklärung ab: daß nach meiner Ansicht das Flottengesetz für die verbündeten Regierungen unannehmbar wird, wenn dasselbe nicht die gesetzliche Sicherheit bietet,

1. daß die Flotte in dem Umfange, wie sie vom Bundesrat und Reichstag als notwendig anerkannt wird, auch innerhalb der von den verbündeten Regierungen für möglich erachteten Zeit fertiggestellt wird;
2. daß die für notwendig erkannte Flotte auch in kriegsbrauchbarer Beschaffenheit erhalten bleibt.

Ich bin aber gern bereit, meine Herren, nach besten Kräften mitzuwirken, nach einer Fassung der fraglichen Bestimmungen zu suchen, die Ihren Wünschen besser entspricht. Ich bin auch gern bereit, eine andere Fassung, falls sie nur den zuerst angeführten Zweck des Gesetzes nicht in Frage stellt, dem hohen Bundesrat gegenüber zu befürworten.

Abg. **v. Bennigsen** hält eine präcisere Fassung für erforderlich, damit für später verschiedene und sich widersprechende Interpretationen ausgeschlossen sind. Die Geldforderung bis 1904 darf selbstverständlich eine bestimmte Maximalhöhe nicht überschreiten.

Vorsitzender **v. Kardorff** stellt fest, daß die Mehrheit der Kommission mit den Ausführungen des Abg. Lieber einverstanden sei.

Abg. **Richter**: Wie es scheint, nimmt sich das Centrum der Regierungsvorlage mit Wärme an. Unter den Lieberschen Vorschlägen ist von materieller Bedeutung nur die vorgeschlagene Art der Limitierung. Die übrigen Vorschläge sind nur redaktioneller Art und für die Regierung wohl annehmbar. Mit einem Pauschquantum ist wenig erreicht, auch früher seien wiederholt neben dem Pauschquantum besondere Bewilligungen erfolgt.

Uebrigens irrt Dr. Lieber: ich habe niemals die Forderung der Vorlage als verfassungswidrig bezeichnet. Der Artikel 71 beruht auf einem Kompromiß. Man darf nicht vergessen, daß 1867 die gesamte Linke nur über eine Mehrheit von etwa 6 Stimmen verfügte. Die Vorlage enthält nun einmal eine Bindung des Reichstages, das hat der Reichskanzler selbst zugegeben.

Abg. **Bebel** bekämpft die Vorlage auf das entschiedenste. Der Referent, Abg. Dr. Lieber, habe heute seine inneren Anschauungen enthüllt. Redner bestreitet, daß die Schlachtflotte ihre Aufgaben, wie erwartet, erfüllen werde. Die deutschen Küsten schützen sich selbst, das habe Admiral Hollmann zugegeben, der sich auch gegen eine Bindung auf mehrere Jahre ausgesprochen habe. Aus der Aera der Versuche seien wir noch nicht heraus. Windthorst sei stets gegen eine Einschränkung des Etatsrechtes des Reichstages gewesen.

Abg. **Graf Arnim** (Reichsp.) erinnert daran, daß im Jahre 1848 vom Marineausschuß der Nationalversammlung die Notwendigkeit erkannt worden sei, der zu schaffenden Marine einen bestimmten, von jeweiligen Majoritätsschwankungen unabhängigen Plan zu Grunde zu legen.

Die englische Defens-Akt gebe der Regierung viel mehr Rechte als die deutsche Regierung verlange. Die deutsche Regierung sei in Bezug auf Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte viel entgegenkommender als die englische. Er hoffe, daß die Kosten gründlich geprüft und erwogen seien, so daß man mit der geforderten Summe auskomme. Die sieben Jahre erscheinen den Flottenfreunden als lange Zeit, über diesen Zeitpunkt hinaus dürfe man unter keinen Umständen warten.

Abg. **Dr. Hammacher** macht Bebel auf die Bedenken einer öffentlichen Verhandlung über die Schutzlosigkeit unserer Seeküste aufmerksam und empfiehlt die Grundgedanken der Vorschläge des Referenten. Was Dr. Lieber wolle, sei im wesentlichen eine Nachbildung des englischen Flottengesetzes von 1889 und biete eine erwünschte Garantie gegen eine unerwartete Belastung des Reiches. Das Entgegenkommen des Staatssekretärs Tirpitz sei um so mehr zu begrüßen, weil mit der Möglichkeit gerechnet werden müsse, daß Ersatzbauten in erhöhter und nicht vorauszusehender Zahl notwendig werden, deren Kosten ebenfalls aus den in das Gesetz eingestellten Gesamtsummen bestritten werden müssen, wenn der Reichstag keine besonderen Mittel dafür bewilligt.

Abg. **Dr. v. Jazdzewski** (Pole) erklärt namens seiner Fraktion sich gegen die Vorlage. Die Fraktion habe einstimmig sich gegen das Gesetz erklärt. In Bezug auf die Abstimmung in der Specialberatung sei ihm von der Fraktion freie Hand gelassen worden.

Abg. **Müller-Fulda** (Centr.) bedauert diese Haltung der Polen und stimmt im übrigen den Ausführungen Liebers bei. Er hofft, daß man mit der geforderten Summe auskommen werde, und wenn nach den Lieberschen Anträgen eine präcisere Fassung beschlossen würde, könne das Gesetz sehr wohl zur Verabschiedung gelangen.

Hierauf trat eine Pause in den Beratungen ein.

Am Nachmittage wurde die Beratung fortgesetzt.

Referent **Dr. Lieber** ging zur **Deckungsfrage** über und erbat Auskunft darüber, wie sich die finanzielle Lage des Reiches in den nächsten sieben Jahren voraussichtlich gestalten würde. Wichtig sei namentlich auch zu wissen, ob sich neue Einnahmequellen erschließen würden. Seien neue Mittel erforderlich, so müsse sich die Kommission schon heute damit befassen, vielleicht in der Form einer Resolution. Nur leistungsfähige Schultern dürften eventuell belastet werden. Man müsse die Einkommen von 10000 Mark an heranziehen. Diese Kreise würden im Bedarfsfalle sicherlich ihre jubelnde Zustimmung gern in eine klingende umsetzen. Wir müssen uns jedenfalls gegen finanzielle Ueberraschungen sichern.

Staatssekretär **Freiherr v. Thielmann**: Die Hauptfrage sei, werde das deutsche Volk in den nächsten sieben Jahren reich genug sein, die Kosten aufzubringen. Von den größeren Kulturstaaten gebe das Reich, mit Ausnahme von zweien, für Heer und Marine weniger aus als die anderen Staaten. Er wolle seinen Ausführungen das Budget des laufenden Jahres zu Grunde legen.

Wir leben in einer Zeit des Ueberflusses. Ein Absteigen sei nicht bemerkbar, schwerlich auch zu befürchten. Der gegenwärtige Zustand sei als ein Niveau zu betrachten, auf dem man weiter arbeiten könne. Die Ergebnisse der letzten Jahre seien auch maßgebend für die nächsten sieben Jahre.

Die Kosten der Flottenvorlage für die drei ersten Jahre seien aus den Ueberschüssen neben den Kosten für das Artilleriematerial vollständig gedeckt. Ebenso sei für die folgenden vier Jahre Deckung vorhanden. Die Marinevorlage erschöpfe nur einen Teil der Ersparnisse, und diese würden sich bei der gesunden Entwickelung des Reiches noch vermehren. Außerdem sei mit der Vermehrung der Bevölkerung zu rechnen, und die Steuerkraft des einzelnen habe während der Dauer des deutschen Reiches stetig zugenommen.

Abg. **Müller-Fulda** (Centr.) weist auf das Anwachsen der Ausgaben auf anderen Gebieten hin, z. B. bei der Alters- und Invaliditätsversicherung, wo der Beharrungszustand noch lange nicht eingetreten sei. Mit der Zeit werde vielleicht auch ein neues Gewehr Mehrausgaben verursachen. Auch vom Umbau von Festungen sei die Rede gewesen. Ferner erinnert er an die Ausgaben für Uebungsplätze. Es würden also ganz erhebliche Anforderungen an den Etat gestellt werden und ohne neue Steuern würde man kaum auskommen.

Staatssekretär **v. Thielmann**: An eine Aenderung der Gewehre und Aenderung der Festungsbauten werde jetzt nicht gedacht. Soviel er wisse, würden auch keine neuen Steuern erforderlich sein.

Abg. **Richter**: Unsere Anleihen zeigen doch ein fortwährendes Wachsen der Schulden, wir haben keine balanzierten Etats.

Abg. **Dr. Paasche** will nicht so traurig in die Zukunft blicken bei der günstigen Entwickelung der Einnahmen. Heute brauche man sich noch nicht den Kopf zu zerbrechen, welche Steuern man künftig bewilligen will.

Unterstaatssekretär **Aschenborn** sucht zahlenmäßig nachzuweisen, daß keinerlei finanzielle Bedenken gegen die Flottenvorlage sprechen.

Abg. **Bebel** beantragt für den Fall der Annahme des Gesetzes folgenden § 8 anzufügen:

> Soweit durch dieses Gesetz die Ausgaben des Marineetats über die Ausgaben desselben Etats für das Etatsjahr 1897/98 sich erhöhen, ist das Mehr dieser Ausgaben vom Etatsjahr 1898 ab auf dem Wege einer progressiven Reichseinkommensteuer aufzubringen, der diejenigen unterworfen sind, die ein jährliches Einkommen von über 6000 Mk. beziehen. Die Normierung der Steuersätze und die Bestimmungen über die Erhebung der Steuer erfolgen durch ein besonderes Gesetz.

Abg. **v. Kardorff**: Einer Reichseinkommensteuer würden die verbündeten Regierungen niemals zustimmen. Dagegen empfehle sich der Anleihekredit, damit nicht soviel deutsches Geld ins Ausland gehe.

Abg. **Dr. Paasche** ist gegen den Antrag Bebel, der nur das Gesetz zu Falle bringen wolle.

Unterstaatssekretär **Aschenborn** hält es nicht für ratsam, eine größere Anleihe aufzunehmen.

Korreferent **v. Massow** ist durch die regierungsseitig abgegebenen Erklärungen durchaus befriedigt.

Abg. **Werner** (Ant.) hält durch den Antrag Lieber die etatsrechtlichen Bedenken für beseitigt und glaubt nach Annahme des Antrages die Zustimmung seiner politischen Freunde in Aussicht stellen zu können. Eine Resolution bezüglich der Kosten hält er aber für wünschenswert.

Abg. **Hammacher** erachtet eine Reichseinkommensteuer in der Theorie für gerechtfertigt, in der Praxis aber für undurchführbar.

Die Einkommen der Reichsangehörigen, mit Ausnahme der Landwirte, haben sich während der letzten Jahre in allen Gesellschaftsklassen gehoben. Insbesondere ist die Konsumtion von Genußmitteln aller Art gewachsen und dadurch die Gewohnheit zur Befriedigung von Bedürfnissen hervorgerufen, die die Erhaltung und Steigerung unserer Zolleinnahmen aus der Einfuhr von Kaffee, Thee, Fleisch 2c. erwarten lassen.

Ich glaube deshalb, daß die Einnahmen des Reiches aus den

Kirchturm, wirkt sogar in der Erzählung durchaus unkünstlerisch und erscheint nur durch grobtechnische Anforderungen entschuldbar.

Eine Umarbeitung, die lediglich diese Radauscenen aus dem Organismus der Dichtung loslöst und sie, bühnengerecht präpariert, zu einem Theaterstück zusammenfügt, kann natürlich von dem poetischen Zauber der Novelle so gut wie nichts in sich aufnehmen. Ob aus den im höheren Sinne zusammenhanglosen Bruchstücken der Erzählung ein wirksames oder unwirksames, ein langweiliges oder spannendes Theaterstück zusammengesetzt wird, das hängt von der handwerklichen Geschicklichkeit des Bearbeiters ab. Das vieraktige Schauspiel, das am Berliner Theater, übrigens unter dem Titel: Das Gewissen, in Scene ging, war allzu plump geraten. Die Charaktere waren zu dürftig ausgestattet und der Scenenaufbau zu roh gezimmert. Trotzdem entlockte das Werk den anspruchslosen Abonnenten des Herrn Intendanten Prasch zahlreiche Thränen. Der Dichter blieb ungenannt. Herr Arthur Wehrlein, der Darsteller des bösen Fritz, soll der Attentäter gewesen sein.

J. S.

Eine Herrenhausinterpellation.

Einen Weichensteller überfuhr
Der Schnellzug; hm, wie kam das nur?

Auch einen biedern Bauersmann
Ein andrer Zug zerquetschte dann.

Pardon! Nicht einen, es waren vier.
Nun ja, das bedauern herzlich wir.

Drauf folgte ihnen Hinz und Kunz.
Wir bedauern sehr, doch was kümmert's uns?

Und so ging es weiter, Jahr für Jahr,
Und das Herrenhaus hübsch ruhig war.

Doch eines Tages, was ist passiert?
Der Herr v. Woyrsch interpelliert.

Verletzt ist durch die Eisenbahn
Schon wieder mal ein Unterthan.

Betrübend ist auch dieser Fall,
Betrübend wie die andern all.

Nur fragt man sich, warum das Haus
Sich gerade diesen Fall sucht aus.

Der Zufall spielt oft wunderlich:
Um eine Gräfin handelt's sich.

(Klabberadatsch.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-18980228/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

jetzigen Quellen ausreichen, den Mehrbedarf für die Flotte zu decken.

Abg. **Lieber** verwahrt sich dagegen, irgendwelche feste Stellung bezüglich der Reichseinkommensteuerfrage eingenommen zu haben. Er sei auch gegen eine Resolution, da solche zu nichts verpflichte. Welcher Weg zu gehen sei, wisse er noch nicht. Auch Kiautschau werde große Ausgaben erheischen. Aber hoffentlich werde der Marineetat bald davon befreit werden, indem Kiautschau auf einen besonderen Etat gebracht werde.

Darauf wird die Generaldiskussion geschlossen und die nächste Sitzung auf Mittwoch den 2. März anberaumt, wo in die Specialdebatte eingetreten werden soll, d. h. die Geschichte unter Dach und Fach gebracht werden wird.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Dresden, 28. Febr. Die Dresdener Handels- und Gewerbekammer beschäftigte sich auf Veranlassung der Weißeritzinteressenten mit der Errichtung einer Zwangsgenossenschaft. Die Kammer beschloß, mehrere Vorschläge der Weißeritzinteressenten befürwortend an die Regierung abzugeben.

Genosse Max Pfnister ist gestorben. Der Verstorbene war ein eifriges Mitglied unserer Partei; er wurde aus Frankfurt a. M. ausgewiesen, wandte sich dann nach Dresden und wirkte hier in gleicher Weise wie dort. Die Genossen werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der begnadigte Grundbuchführer Richter hatte nicht noch ein Jahr, wie wir berichteten, sondern noch **14 Monate** zu verbüßen. Zur näheren Kennzeichnung des Begnadigten teilt die Arbeiterzeitung weiter mit, daß ihm **989** Fälle nachgewiesen wurden, in denen er aus seinen amtlichen Pflichten noch ein einträgliches Geschäft machte. Der Mann ist dabei reich geworden und kann sich jetzt nach kurzem Gefängnisaufenthalt ein ruhiges Rentnerleben schaffen.

Am Sonnabend abend ist in der Stettiner Straße wieder ein Raubanfall verübt worden. Jeden Sonnabend um die angegebene Zeit wird von dem dort wohnenden Baumeister und Architekten Geyer das Geld für die Löhne auf die einzelnen Bauplätze verschickt. Mit einer solcher Kommission war am letzten Sonnabend der 17jährige Lehrling Richard Paul Bergmann, ein für sein Alter kräftiger junger Mann, betraut. Er hatte einen Beutel mit 571 Mk. 25 Pfg. bei sich und begab sich ahnungslos aus dem im ersten Stock befindlichen Bureau die Treppe hinab. Zwischen der letzten Treppenstufe und der Windfangthüre erhielt er plötzlich von hinten einen Schlag in die rechte Schläfe, infolgedessen er betäubt zusammenstürzte. Er bemerkte nur noch, daß ihm der Geldbeutel aus der Hand gerissen wurde und ein Bursche damit der Straße zueilte. Der Angegriffene erwachte sofort wieder aus seiner Betäubung, sprang auf und lief trotz seiner Verwundung ohne Zögern dem Räuber nach, und es gelang auch, den Räuber, der zuvor seine Beute weggeworfen hatte, zu ergreifen. Der Festgenommene ist ein 22 Jahre alter Schuhmacher aus Glauchau, Alfred Hennig, der auch identisch ist mit dem seit dem 23. Februar polizeilich gesuchten Menschen, der in dem Trödlergeschäft auf der Schönfelder Straße an der Inhaberin einen Raub- bezw. Raubmordversuch ausgeführt hat.

g. **Hohenstein-Ernstthal**, 27. Februar. Die für heute nach dem Gasthaus zur Zeche einberufene Volksversammlung, in der H. Sachse-Zwickau über die geplante Beschränkung des Koalitionsrechtes der Arbeiter sprechen sollte, ist vom Stadtrat verboten worden.

g. **Zwickau**, 27. Februar. Das Schwurgericht verurteilte gestern den 24jährigen Fabrikarbeiter Arno Louis Georgi aus Niederplanitz, zuletzt hier wohnhaft, wegen schwerer Körperverletzung mit tödlichem Ausgang zu 5 Jahren Zuchthaus und 8jährigem Ehrverlust. Der Angeklagte hat am 9. November vor. Jahres sein jüngstes, erst drei Monate altes Kind, so mit Faustschlägen ꝛc. traktiert, daß nach den Aussagen der ärztlichen Sachverständigen Bluterguß in das Gehirn eingetreten und so der Tod herbeigeführt worden ist. Der Vorsitzende machte dem sehr frech auftretenden Georgi den Vorhalt, daß er im Verdacht stände, auch die zwei früher verstorbenen Kinder durch fortgesetzte Mißhandlungen aus der Welt geschafft zu haben, was er aber in Abrede stellte. Genügende Beweise zur Ueberführung hat die Staatsanwaltschaft in den erwähnten Fällen nicht erbringen können.

Von der 3. Strafkammer ist der Appreteur Fr. W. Müller in Glauchau, der vom Schöffengericht daselbst wegen Vergehen nach § 33b des Vereins- und Versammlungsgesetzes freigesprochen war, auf von der Staatsanwaltschaft erhobene Berufung wegen Verletzung des § 33a desselben Gesetzes zu 10 Mark Geldstrafe verurteilt worden.

Chemnitz, 27. Februar. Die Betrügerei des Direktors Max Zimmermann von der hiesigen Webstuhl- und Maschinenfabrik vorm. May u. Kühling (Aktiengesellschaft) hat auch ein politisches Interesse. Der Bilanzfälscher Zimmermann war **ordnungsparteilicher Stadtverordneter** und genoß großes Ansehen; er saß im ständigen Ausschuß für das Waisenhaus und für die Eisenstuck-Schenkung, sowie im Ausschuß für die Begebung der Anleihe; außerdem war er Mitglied des Kirchenvorstandes. Natürlich war er auch ein abgesagter Feind der Sozialdemokratie. Als unsere Genossen zu Neujahr ins Stadtverordnetenkollegium einzogen, sprach er das stolze Wort gelassen aus: **„Neben einen Sozialdemokraten setze ich mich nicht!“** Die größten Lumpen in der bürgerlichen Gesellschaft sind auch immer die Hochmütigsten. Oder ahnte er damals schon, daß er nicht würdig war, neben einem Sozialdemokraten zu sitzen? An Stelle des Ordnungsmannes Zimmermann wird nun ein Sozialdemokrat ins Stadtverordnetenkollegium eintreten. — Nach einer Meldung des Chemnitzer Tageblatts ist Zimmermann in Bodenbach tot aufgefunden worden.

Meerane, 27. Februar. Wie in Chemnitz, so wird auch hier der Fall einer Ordnungsstütze lebhaft besprochen. Der Inhaber eines größeren Schuhwaren-Magazins und mehrfache Hausbesitzer Joh. Gottl. Eidam, ein thätiger Agitator bei allen Wahlen auf gegnerischer Seite, aber vorherrschend Antisemit, Schützenhauptmann und mit **einem Stadtverordnetenmandat** betraut, nach den Dresdener Nachrichten hier ein angesehener Bürger, ist vom Landgericht Zwickau in geheimer Sitzung wegen **Sittlichkeitsverbrechen an Schulmädchen** in 11 bis 13 Fällen zu 3 Jahren Gefängnis, 5 Jahren Ehrverlust und zur Tragung sämtlicher Kosten verurteilt worden.

Wilkau, 27. Februar. Der Schuhwarenfabrikant Richard Richter in Niederhaßlau hat mit einem seiner Arbeiter einen Kontrakt geschlossen, der im wesentlichen folgendes enthält: Der Arbeiter hat sich auf 5 Jahre verpflichtet, zwölfstündige Arbeitszeit einzuhalten und erhält im ersten Halbjahr pro Woche 9 Mk. Lohn, dann pro Halbjahr 50 Pfg. Zulage bis zum Höchstbetrage von 13.50 Mk. Wenn die 5 Jahre um sind, erhält er, gute Führung vorausgesetzt, pro Woche seiner Dienstzeit ein Geschenk (!) von 25 Pfg., unter den gleichen Voraussetzungen erhält der Arbeiter auch noch ein Weihnachtsgeschenk von 12.50 Mk. — Bei einem solchen Einkommen muß der Arbeiter fett werden. Was übrigens in dem Betriebe des Herrn Richter verdient wird, zeigt ein Lohnzettel über 15 Mark und einigen Pfennigen, die von einem Arbeiter in 14 Tagen verdient worden sind.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Die Firma Kramer u. Co. in Berlin hatte dem Stadtrat in Schneeberg ein Projekt wegen Erbauung einer elektrischen Bahn von Auerbach nach Schneeberg-Neustädtel unterbreitet. Die städtischen Kollegien haben beschlossen, das Projekt zu fördern. — Der Baumeister Hübsch in Weinböhla ließ durch den Brunnenbauer Rietz einen Brunnen herstellen. Die Wände des bis zu 8 Metern vorgeschrittenen Brunnens stürzten ein, während Rietz unten arbeitete. Zunächst unternahmen die Bauarbeiter aus der Nähe Rettungsarbeiten, doch mußte man sich abends 11 Uhr entschließen, ein Kommando Pioniere telegraphisch aus Dresden herbeizurufen. Deren Bemühungen gelang es, den Verschütteten vormittags ½10 Uhr noch lebend seinem Grabe zu entreißen, doch brach er sofort nach dem Herausschaffen ohnmächtig zusammen.

Erfurt, 27. Febr. Einen hübschen Beitrag zu dem Kapitel von der amtlichen Saalabtreiberei liefert unser hiesiges Bruderblatt, die Tribüne. Vor einiger Zeit war der Partei in Walschleben eine Versammlung unmöglich gemacht worden, weil der Amtsvorsteher ohne Angabe von Gründen die Bescheinigung der Anmeldung verweigerte. Der Regierungspräsident wie der Oberpräsident sagten auf telegraphische Beschwerde Untersuchung der Angelegenheit zu. Der Regierungspräsident hat in diesen Tagen das sehr sonderbare Resultat der Untersuchung dem hiesigen Vertrauensmann mitgeteilt. Danach ist die Beschwerde nicht für begründet erachtet worden, weil der Polizeibehörde ein Ort als Versammlungslokal benannt worden sei, dessen Besitzer seinen Saal notorisch nicht zu sozialdemokratischen Versammlungen hergiebt, und so sei der gesetzlichen Vorschrift wegen Angabe des Ortes der Versammlung nicht genügt und also wäre die Bescheinigung über die erfolgte Anmeldung abzulehnen gewesen. Zu dieser klassischen Gesetzesauslegung liefert nun die Tribüne folgenden deutlichen Kommentar: Unser Vertrauensmann hatte von dem Wirte des betreffenden Lokales schon seit Wochen den Saal fest gemietet durch einen schriftlichen Vertrag. Den Mietspreis in Höhe von zehn Mark für den betreffenden Sonntag nachmittag besaß der Wirt ebensolange. Als wir am 30. Januar in das Lokal kamen, eröffnete uns der Wirt, daß er seinen Saal nicht hergeben könne, weil ein Gendarm ihm die offizielle Mitteilung vom Amtsvorsteher gebracht habe, daß die Versammlung nicht stattfinden dürfe, es sei auch keine Bescheinigung ausgestellt worden. Also die Polizei stellt keine Bescheinigung aus, weil der Wirt den Saal nach ihrer Meinung trotz fester schriftlicher Abmachung nicht hergiebt, und der Wirt giebt den Saal nicht her, weil die Polizei keine Bescheinigung über eine ordnungsgemäß angemeldete Versammlung ausstellt. — Das ist ja gerade sächsisch.

Weimar, 24. Februar. Der von dem freisinnigen Abgeordneten Rühner-Eisenach eingebrachte und von zehn Abgeordneten unterstützte Antrag, Einführung einjähriger Etatsperioden statt der jetzigen dreijährigen, führte in der heutigen Landtagssitzung zu einer längeren Debatte. Die freisinnigen Abgg. Rühner, Casselmann und Meyer, sowie der sozialdemokratische Abg. Baudert sprachen für den Antrag, während der Finanzminister Rothe diesen als „unzweckmäßig“ bekämpfte. Wenn der Landtag den Antrag annehmen sollte, so müßte die Regierung darauf bestehen, daß die Steuerskala im Steuergesetz festgelegt werde. Der Antrag wurde dem Finanzausschuß überwiesen.

Soziale Rundschau.

Wieder ein Grubenunfall. Die Kölnische Zeitung meldet aus Aachen: Am 25. Februar nachmittags fand auf der Grube Maria eine Explosion schlagender Wetter statt; 3 Mann wurden **getötet**, 3 Mann sind schwer verletzt. Weitere Einzelheiten fehlen noch.

Den Lautenberger Stuhlarbeiterstreik betreffend bringen die Holzarbeiterzeitung vom 27. Februar und der Volkswille in Hannover vom 25. Februar ausführliche Widerlegungen der Angaben, die der nationalliberale Abgeordnete und Aucharbeiter Jorns in der Posadowskydebatte vorgebracht hat. Wir verweisen alle Interessenten auf die betreffenden Artikel, in denen Herrn Jorns eine gründliche Abfuhr zu teil wird.

In Pforzheim sind die Maler und Lackierer in eine Lohnbewegung eingetreten.

In Mannheim ist der Streik der Metallgießer der Firma Bopp u. Reuther durch einen für die Arbeiter günstigen Vergleich beigelegt.

Böttcher! In Kulmbach sind 17 Böttcher wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation ausgesperrt worden. Zuzug dahin ist zu vermeiden.

Gemeinde-Zeitung.

Aus den Ratssitzungen. Der Rat bewilligte dem Museum für Völkerkunde aus den Mitteln der Grassi-Stiftung die Summe von 12000 Mark, die zu verschiedenen interessanten Neuanschaffungen für das Museum verwendet werden sollen.

Die nächste öffentliche Sitzung der Stadtverordneten findet Mittwoch den 2. März 1898 abends 6½ Uhr im Sitzungssaale am Naschmarkte statt. Zur Verhandlung kommen u. a. die Kirchenhaushaltpläne.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 28. Februar.

Assessor Dr. Riso, der wegen schwerer Urkundenfälschung und verleumderischer Beleidigung zu sechs Monaten Gefängnis und einem Jahr Ehrverlust verurteilt wurde, will beim Reichsgericht Revision einlegen.

„Schutz vor Schutzleuten“ ertönt immer lauter der Ruf in Deutschland, wo die „Hüter des Gesetzes“ dank der ihnen beim Militär anerzogenen „Schneidigkeit“ ihre Aufgabe oft in der Bevormundung des Publikums und noch Schlimmerem erblicken, wie eine große Zahl Gerichtsverhandlungen und Preßnotizen über Ausschreitungen von Polizeibeamten gelehrt hat. Da ist es denn angebracht, einmal den deutschen Schutzmann mit dem englischen Policeman zu vergleichen, welch letzterer sich infolge der ihm eigenen Höflichkeit und Schicklichkeit beim Publikum eines Ansehens erfreut, wie es in Deutschland einem Schutzmann gegenüber nicht zu finden ist.

In England kann jedermann Polizist werden, der weniger als 35 Jahre alt ist, lesen und schreiben kann und eine Höhe von wenigstens 5 Fuß 7 Zoll hat, nicht mehr als zwei Kinder sein eigen nennt, anständig, unbescholten, thatkräftig und freundlich ist, ein ruhiges Temperament hat, vom Polizeiarzt als gesund befunden wird und außerdem von einem achtbaren Arbeitgeber, Kaufmann oder Geistlichen das Zeugnis erhält, daß der Anwärter seit fünf Jahren ein Mensch von guter Führung sei. Der „Rekrut von Scotland Yard“ (Sitz des Polizeipräsidiums) wird in die Vorbereitungsschule geschickt, wo er sehr eingehend mit allen Bedürfnissen des Publikums bekannt gemacht wird. Er wird darin unterrichtet, daß er zum Besten des Bürgers da ist und bezahlt wird, nicht aber der Bürger um des Beamten willen vorhanden ist. Der Policeman wird besonders in der Kunst ausgebildet, vor den Polizeigerichtshöfen in klaren, einfachen Ausdrücken Aussagen abzugeben. Zu diesem Zweck müssen die jungen Polizisten einer Reihe von Gerichtsverhandlungen beiwohnen. Die Beamten werden unter Leitung höherer Inspektoren mit ihren Amtspflichten vertraut gemacht. Sie erhalten auch genaue Auskunft über die Folgen der Amtsüberschreitungen, und in keinem Lande der Welt werden Uebergriffe der Polizei härter geahndet als in England. Nirgends ist die Strafverfolgung des Beamten leichter als in dem Inselreich. Die persönliche Freiheit des Bürgers steht durchweg über der Unverletzlichkeit des Ansehens der Beamten. Dagegen giebt es bei der englischen Polizei keine geheimen Fonds, und bei der ganzen Organisation der Schutzmannschaft ist in keinem Punkte mit der Möglichkeit politischer Unruhen gerechnet. Die Polizei hat mit der Politik gar nichts zu schaffen.

Die Nachahmung dieser Ausbildung der Polizisten dürfte sicher dazu beitragen, auch in Deutschland ein besseres Verhältnis zwischen Publikum und Schutzmannschaft herbeizuführen.

Leipziger Elektrische Straßenbahn. Der Aufsichtsrat der Leipziger Elektrischen Straßenbahn hat beschlossen, der für den 26. März dieses Jahres anberaumten Generalversammlung die von dem Vorstande beantragte Verteilung einer Dividende von 4 Prozent für das Geschäftsjahr 1897 vorzuschlagen.

Leipziger Feuerversicherungsanstalt. Der nach Abzug der Tantiemen verbleibende Reingewinn von 1091178.11 Mk. wird dergestalt verteilt, daß 800000 Mk. als Dividende mit 800 Mk. per Aktie zur Auszahlung gelangen, ferner 10272.76 Mk. auf Grundbesitz abgeschrieben und 100000 Mk. dem Pensionsfonds zugeteilt werden. Letzterer Fonds erreicht hierdurch die Höhe von 1165942.22 Mk. Der turnusmäßig ausscheidende Direktor Konsul Sachsenröder wurde wiedergewählt.

Die Chromo-Papier- und Karton-Fabrik vorm. Gust. Najork setzte die Dividende für 1897 auf 8½ Prozent fest.

Fette Dividende zahlt auch für das vorige Jahr wieder die Aktiengesellschaft Polyphon-Musikwerke, Wahren bei Leipzig. Der Reingewinn beträgt 336,406 (1896 291475 Mk.). Der Aufsichtsrat beschloß die Verteilung einer Dividende von 23 Prozent (1896 21 Prozent) und dem Reservefonds zu dessen Erfüllung auf den gesetzlichen Höchstbetrag 50469 Mk. zuzuführen. Infolge günstiger fester Abschlüsse ist die Prosperität des Unternehmens in weiterer aufsteigender Entwickelung begriffen.

Also 23 Prozent Dividende und die besten Aussichten für die Zukunft! Dabei stehen gerade in dieser Branche Arbeiterentlassungen, Maßregelungen und Lohnabzüge auf der Tagesordnung. Für all dies mußte der Dingleytarif herhalten. Die Aktionäre haben nun die Genugthuung, eine weitere Erhöhung ihrer Dividenden zu verzeichnen.

Die Leipziger Immobiliengesellschaft bringt für das vergangene Jahr eine Dividende von 9½ Prozent zur Verteilung. Sie sagt in ihrem Geschäftsbericht: Handel, Gewerbe und hervorragende Zweige der Industrie haben im verflossenen Jahre einen lebhaften Aufschwung genommen. Die Wirkungen dieses Aufschwunges auf den Grundstücksmarkt unserer Stadt haben sich überall fühlbar gemacht. Insbesondere ist die Nachfrage nach gut gelegenen Bauplätzen in allen Teilen der Stadt sehr rege gewesen. Die leerstehenden Wohnungen, die nach der Zählung vom 1. November 1897 nur noch 762 betrugen, haben sich erheblich vermindert. Auch an Zwangsversteigerungen hat das Jahr 1897 der Stadt nur 67, gegenüber 118 Zwangsversteigerungen im Jahre 1896, gebracht.

Gegen den Büchervertrieb der Bazare und Warenhäuser haben 27 Sortimentsbuchhändler einen Aufruf an den deutschen Sortimentsbuchhandel erlassen. Sie fordern darin die Verlagsbuchhandlungen (die direkt nicht an die Bazare liefern) auf, die Mittelmänner dadurch festzustellen, daß sie die auszuliefernden Exemplare unauffällig stempeln. Die Hamburger Sortimentsbuchhändler, denen diejenigen der anderen Städte mit büchervertreibenden Bazaren nachfolgen sollen, erklären: 1. ihre Thätigkeit für alle Verleger, die Artikel ihres Verlags nachweislich direkt oder indirekt an Bazare und Warenhäuser liefern, einzustellen, unter Umständen die Verbindung mit ihnen abzubrechen; 2. alle Artikel, die von den betr. Verlegern nachweislich direkt oder indirekt an Lager- und Warenhäuser geliefert werden, aus ihren Bazar- und Weihnachtskatalogen zu streichen.

Die Handelskammer hält morgen Dienstag den 1. März nachmittags 6 Uhr im Sitzungssaal in der Neuen Börse, Tr. A, 1., eine öffentliche Sitzung ab.

Geschworene. An Stelle der als Geschworene ausgelosten, aber an der Ausübung des Amtes behinderten Herren Rittergutsbesitzer Freiherr Friedrich Emil Gotthardt v. Penz in Brandis, Buchhändler Karl Friedrich Graubner in Leipzig und Buchhändler Hermann Rudolf Brockhaus in Leipzig sind zum Ersatz folgende Herren als Geschworene ausgelost worden: Gutsbesitzer Richard Buchheim in Naunhof, Gutsbesitzer Max Hößler in Großstädteln und Stadtgutsbesitzer Johann Ferdinand Näther in Pegau.

Der zur Einführung kommende Arbeiterzug von Borsdorf nach Leipzig verkehrt an den Markttagen wie folgt: Abfahrt von Borsdorf früh 5 Uhr 3 Min., Sommerfeld 5 Uhr 10 Min., Paunsdorf 5 Uhr 17 Min., Ankunft auf dem Dresdener Bahnhof in Leipzig 5 Uhr 25 Min. Der Arbeiterzug führt Wagen III. und IV. Klasse und ist daher außer auf Arbeiterkarten auch auf gewöhnliche Fahrkarten benutzbar.

Im Asyl für männliche Obdachlose fanden in der Zeit vom 19. bis 26. Februar 367 Personen Aufnahme.

Bei der Arbeit verunglückte in einer Fensterfabrik ein 45jähriger Arbeiter, dem beim Holzkehlen ein Stück Stahl in das linke Auge sprang; das Auge ist schwer gefährdet.

Trotz der massenhaften Unfälle im Straßenbahnverkehr

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-18980228/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

hört das Abspringen von den im Gange befindlichen Motorwagen nicht auf. Das hatten wieder zwei junge Leute zu büßen. Beim Abspringen zog sich am Petersstein weg ein 19 Jahre alter Arbeiter eine schwere Verletzung des rechten Armes, in der Goethestraße ein 22 Jahre alter Beamter eine Knieverletzung zu. In beiden Fällen war ärztliche Behandlung erforderlich.

Vermißt wird seit 23. Februar das 1881 zu Artern geborene, L.-Anger-Crottendorf, Hauptstraße 26, wohnhafte Dienstmädchen Luise Martha Günzel. Sie ist nervenkrank. Es wird vermutet, daß ihr ein Unglück zugestoßen ist oder daß sie sich ein Leid angethan hat.

Erhängt aufgefunden wurde in seinem Comptoir in der Nordvorstadt ein 49 Jahre alter Kaufmann von hier. Die Gründe zum Selbstmord sind unbekannt. — Ebenfalls erhängt hat sich in seiner in der Salomonstraße gelegenen Wohnung ein 55 Jahre alter Privatmann. Auch in diesem Falle sind die Gründe der That nicht bekannt.

Durch Aufschneiden der Pulsadern versuchte sich am Sonnabend in einer Zelle einer hiesigen Badeanstalt ein 54 Jahre alter Schriftsetzer das Leben zu nehmen. Der Unglückliche, der nervenleidend ist, wurde noch rechtzeitig aufgefunden und ärztlicher Behandlung übergeben.

Wegen Verdachts des Betrugs wurde am Freitag von der Kriminalpolizei ein angeblicher Dr. med. et phil. Walther W., der sich hier in einem Hotel ersten Ranges mit seiner angeblichen Frau einlogiert hatte, verhaftet. Der angebliche Doktor, der eine Zeitschrift mit dem Titel Kriminalistische Anthropologie herausgegeben, entpuppte sich als ein kriminell schon vielfach vorbestrafter 30 Jahre alter Chemiker von hier, der seine kriminalistischen anthropologischen Studien wahrscheinlich im Zuchthause, während er eine sechsjährige Strafe verbüßte, gemacht. Es wird vermutet, daß der Genannte noch weitere Betrügereien verübt hat.

Markranstädt. Gestern nachmittag in der fünften Stunde brach in der Rauchwarenzurichterei von Karl Debus Feuer aus. Durch schnelles Eingreifen der Feuerwehr blieb das Feuer auf den Flügel, worin sich die Färberei befindet, beschränkt. Bei dieser Gelegenheit erwies sich auch die Wasserleitungsanlage als sehr nützlich, denn nur dadurch war es möglich, des Feuers in verhältnismäßig kurzer Zeit Herr zu werden.

Gerichtssaal.

Landgericht.

Leipzig, 26. Februar.

Butterfälschung. In der Butter, die aus dem Geschäft des 28 Jahre alten Butterhändlers Max Alfred Kämmerer in Anger-Crottendorf von einem Ratsdiener entnommen worden war, wurde eine Beimischung von 15—20 Prozent Margarine gefunden. Nach der Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß K. der guten Faßbutter, aus der er die Stückchen formte, Margarine zugesetzt hatte. Die III. Strafkammer verurteilte ihn deshalb wegen Genußmittelfälschung zu 60 Mk. Strafe oder 12 Tagen Gefängnis und verfügte die Publikation des Urteils im Amtsblatte.

Von Nah und Fern.

Mordversuch und Mord.

München, 26. Februar. Dem Polizeiberichte zufolge schoß heute mittag ein 17jähriger Colporteur in dem Vororte Neuhausen auf die Frau eines Bahnbeamten und verletzte diese schwer an der linken Brustseite. Eine zur Hilfe herbeieilende Nachbarsfrau wurde von dem Burschen durch einen Schuß sofort getötet. Hierauf brachte sich der Mörder selbst eine lebensgefährliche Wunde in der Magengegend bei. Der Grund zu dieser That scheint darin zu suchen zu sein, daß der junge Mann früher von der Bahnbeamtenfamilie wiederholt unterstützt wurde, in letzter Zeit aber wegen seiner großen Zudringlichkeit abgewiesen worden war.

Bankschwindler.

Basel, 27. Februar. Die Direktoren der hiesigen Unionbank, Wüst und Wirz, wurden gestern abend wegen unlauterer geschäftlicher Machenschaften verhaftet.

Schiffsuntergang.

Antwerpen, 26. Febr. Eine Depesche meldet den Untergang eines englischen Schiffes an der Küste von Netuckta (Massachusetts). 15 Mann ertranken.

Falschmünzer.

Temesvar, 26. Februar. Die Polizei entdeckte hier eine weitverzweigte Falschmünzerbande, deren Anführer, ein reicher Einwohner von Kubin, verhaftet wurde. Es sind viele Materialien beschlagnahmt worden.

Deutscher Schoner gestrandet.

London, 25. Februar. Der deutsche Schoner Hermann strandete auf der Reise von Harburg nach Poole heute morgen auf den Scroobysandbänken bei Yarmouth und sank, nachdem die Bemannung von fünf Leuten von einem zur Hilfe herbeigeeilten Rettungsboote aufgenommen worden war.

Hungersnot

Christiania, 23. Februar. Wie dem Blatte Verdens Gang aus Tromsö mitgeteilt wird, herrscht unter der Bevölkerung am Laxefjord (Amt Finnmarken) großes Elend. Viele Familien leben in jämmerlichen, eiskalten Räumen mit Steindielen zusammen mit dem Vieh, sind in Lumpen gehüllt und von Lebensmitteln entblößt. Ein Mann und eine Frau sind dem Hungertod verfallen.

Abgeschleppt.

Cadix, 28. Februar. Der Dampfer Champagne, der seit dem 21. d. M. vermißt wurde, ist, wie jetzt gemeldet wird, am 23. d. M. von einem Schleppdampfer bei Neufundland gefunden und von einer Eisbank, auf die er geraten war, abgeschleppt worden.

Feuer in Tabakplantagen.

Newyork, 25. Februar. Ein großes Feuer wütet augenblicklich in den amerikanischen Tabakpflanzungen bei Louisville. Der Schaden wird bereits auf 1 Million Doll. geschätzt. (Frankf. Ztg.)

Telegraphische Depeschen.

Wolffs telegraphisches Korrespondenz-Bureau.

London, 28. Februar. Den Times wird aus Singapore gemeldet: Prinz Heinrich wird heute abend einen Empfang an Bord des Kreuzers Deutschland veranstalten und die Reise fortsetzen. Auf der Jagd in Johore erlegte der Prinz am Freitag einen wilden Eber. Mit der Tigerjagd war es also nichts.

Paris, 28. Februar. Die **Royalisten** hielten in Blois ein Parteiversammlung ab, in der der Herzog von Luynes im Auftrage des Herzogs von Orleans das **Wahlprogramm** entwickelte. Der Herzog erklärte, die Royalisten hätten in denjenigen Bezirken, wo sie nicht eine gesicherte Mehrheit besäßen, die Kandidaten der **Ordnung** gegen die Kandidaten der Unordnung, mithin also die Gemäßigten gegen die Radikalen und Sozialisten unterstützen müssen. Das ist die Allianz der Monarchisten mit den Geldsackrepublikanern.

Oberst Picquart verließ gestern Mont Valérien. Er fand in seiner Wohnung zahlreiche Sympathiebezeigungen vor.

Versammlungskalender.

Montag: **Zimmerer.** Römischer Hof, Mittelstraße. Abends 8 Uhr.
Oeffentl. Versammlung. Felsenkeller, Plagwitz. Abends halb 9 Uhr.
Schkeuditz. Volks-Versammlung. Reisters Saal. Abends 8 Uhr.
Kranken- und Begräbniskasse der Leipziger Cigarrenmacher, Sortierer und verwandten Berufsgenossen. Spieß, Sebburgstr. Abends halb 8 Uhr.
Schuhmacher. Coburger Hof, Windmühlenstr. 11. Abends halb 9 Uhr. T.-O.: 1. Die Reaktion an der Arbeit. Referent: Genosse Dörfler. 2. Abrechnung vom Zwickerstreik bei Burkhardt u. Sohn. 3. Gewerkschaftliches.
Naturheilverein Priesnitz. Vierpalast, Peterssteinweg. Abends halb 9 Uhr. Vortrag von Herrn Geißler über die Dr. Jezekesche Lehre: Umsturz der Lehre des Blutkreislaufs und Verdauungsphysiologie.
Dienstag: **Arbeiter und Arbeiterinnen von Plagwitz und Umgegend.** Felsenkeller. Abends 9 Uhr. T.-O.: Unsere Gegner und ihr Mut. Referentin: Frau Greifenberg aus Berlin.
Tischler. Flora, Windmühlenstraße. Abends 7 Uhr. T.-O.: Die Lohnbewegung in der weißen Möbelbranche.
Verein für Naturheilkunde L.-West. Deutsches Haus. Vortrag von Herrn Lehrer Winter über: Was lassen wir unsere Töchter lernen?

Auskunft in Rechtsfragen.

F. F. Der Ehebruch wird, wenn wegen desselben die Ehe geschieden ist, an dem schuldigen Ehegatten sowie dessen Mitschuldigen mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Dienstag:
Speiseanstalt I (Johannisplatz): Weißkraut mit Schöpsenfleisch.
Speiseanstalt II (Moritzbastei): Kartoffeln mit Schöpsenfleisch.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Montag den 28. Februar: 58. Abonn.-Vorstellung (2. Serie, rot).

Undine.

Romant. Zauber-Oper in 4 Akten, nach Fouqués Erzählung v. A. Lortzing.
Regie: Oberregisseur Goldberg. — Direktion: Kapellmeister Porst.

Kühleborn, ein mächtiger Wasserfürst	Hr. Schelper
Berthalda, Tochter Herzog Heinrichs	Frl. Beuer
Ritter Hugo von Ringstetten	Hr. Kraemer
Tobias, ein Fischer	Hr. Henning
Marthe, seine Frau	Frl. v. Hahn
Undine, ihre Pflegetochter	***
Pater Heilmann, aus dem Kloster Maria-Gruß	Hr. Ulrici
Veit, Hugos Schildknappe	Hr. Marion
Hans, Kellermeister	Hr. Neidel
Der Kanzler	Hr. Schumann

Der erste Akt spielt in einem Fischerdorfe, der zweite in der Reichsstadt im herzoglichen Schlosse, der dritte und vierte Akt in der Nähe und auf der Burg Ringstetten.

*** Undine — Frl. Magdalena Seebe, als Gast.

Nach dem 2. und 3. Akt finden längere Pausen statt.

Einlaß ¼7 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende geg. ¾10 Uhr. **Opern-Preise.**

Billet-Verkauf an der Tageskasse von 10 (Sonn- u. Festtags von 10½) bis 3 Uhr. Vorverkauf für den nächsten Tag (mit Aufgeld von 30 Pf.) von 1—3 Uhr.

Spielplan: Dienstag: Wallensteins Tod. Anfang 7 Uhr. — Mittwoch: La Traviata. Anfang 7 Uhr. — Donnerstag: Im Weißen Rößl. Anfang 7 Uhr. — Freitag: Der Wildschütz. Anfang 7 Uhr. — Sonnabend: Hamlet. Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

Montag den 28. Februar:

Im Weißen Rößl.

Lustspiel in 3 Akten von Oskar Blumenthal und Gustav Kadelburg.
Regie: Ober-Regisseur Adler.

Josepha Vogelhuber, Wirtin zum „Weißen Rößl"	Frl. Roll
Leopold Brandmayer, Zahlkellner	Hr. Heine
Wilhelm Wisecke, Fabrikant	Hr. Ernst Müller
Ottilie, seine Tochter	Frl. Müller
Charlotte, seine Schwester	Frl. Lauterbach
Walter Hinzelmann, Privatgelehrter	Hr. Körner
Klärchen, seine Tochter	Fr. Franck
Dr. Otto Siedler, Rechtsanwalt	Hr. Stephany
Arthur Sülzheimer	Hr. Häuseler
Loidl, Bettler	Hr. Prost
Resi, seine Nichte	Frl. Ebba Laue
Assessor Bernbach	Hr. Otto
Emmy, seine Frau	Frl. Friese
Nätln Schmidt	Fr. Kunzschmann
Melanie Schmidt	Frl. Klerwin I
Forstrat Kracher	Hr. Thiele
Ein Hochtourist	Hr. Feistel
Ein Reisender	Hr. Bogdahn
Kathi, Briefbotin	Frl. Unger
Franz, Kellner	Hr. Huth
Ein Piccolo	Frl. Reinhold
Mirzl, Stubenmädchen } im „Weißen Rößl"	Frl. Paar
Mali, Köchin	Fr. Henning
Martin, Hausknecht	Hr. Schmiedecke
Joseph, Hausknecht	Hr. Richter
Der Portier zum „Rößl"	Hr. Schröder
Der Portier zur „Post"	Hr. Hanisch
Der Portier zum „Grünen Baum"	Hr. Kalisch
Der Portier zur „Rudolfshöhe"	Hr. Pacal
Ein Bootsmann	Hr. Wack
Gebirgsführer	Hr. Hammerl
Eine Amme	Frl. Klerwin II
Eine Bäuerin	Fr. Renner
Ein Bauernknabe	Kl. Schmiedecke

Gäste. Reisende. Dorfkinder. Gebirgsführer.

Ort der Handlung: Das Salzkammergut.

Nach dem 1. Akt findet eine längere Pause statt.

Einlaß ¾7 Uhr. Anfang ½8 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. **Gew. Preise.** Billet-Verk. a. d. Tages-Kasse v. 10 (Sonn- u. Festt. 10½) bis 3 Uhr. Vorverkauf f. d. nächst. Tag (m. Aufg. v. 30 Pfg.) v. 1—3 Uhr.

Spielplan: Dienstag: Der Obersteiger. Anfang ½8 Uhr. — Mittwoch: Die Jungfrau von Orleans. (Halbe Preise.) Anfang 7 Uhr. — Donnerstag: Der Hochstapler. Anfang ½8 Uhr. — Freitag: In Behandlung. Anfang ½8 Uhr. — Sonnabend: Mamsell Nitouche. Anfang ½8 Uhr.

Bericht über die Leipziger Produkten-Börse.

Sonnabend den 26. Februar 1898.
(Mitgeteilt von Gebrüder Glass.)

Weizen per 1000 kg netto besser	inländischer	183—191 bez. Brf.
	ausländischer	207—216 bez. Brf.
Roggen per 1000 kg netto matt	hiesiger	138—146 bez. Brf.
	ostpreussischer und Posener	150—161 Brf.
	ausländischer	155—161 bez. Brf.
Gerste per 1000 kg netto	Brangerste	168—184 bez. Brf.
	Mahl- u. Futterware	128—130 bez. Brf.
Hafer per 1000 kg netto behauptet	inländischer	150—160 bez. Brf.
	ausländischer	153—156 bez. Brf.
Mais per 1000 kg netto	amerikanischer	103—106 bez. Brf.
	runder	108—112 bez. Brf.
Oelsaat per 1000 kg netto	Raps	—
Rapskuchen p. 100 kg netto		—
Rüböl per 100 kg netto frei Haus hier ohne Fass etwas fester	flüssiges	51.50 Brf.
	gefrorenes	

Ausseramtlich.

Malz per 100 kg netto	altes	27—29
	neues	29—31
Wicken per 1000 kg netto	loco	160
Erbsen per 1000 kg netto	loco grosse	155—175
	do. kleine	140—160
	do. Futter	130—140
Bohnen per 100 kg netto	loco	19—23
Kleesaat per 100 kg netto	rot nach Qualität	60—95
	weiss u. Qualit.	80—75
	gelb nach Qualit.	20—80
	schwed. u. Qualit.	30—75

Die Mühlen und Mehlhändler von Leipzig und Umgeg. notieren:

Weizenmehl Nr. 00 28.00—28.50, per 100 kg Nr. 0 26.00—26.50, exkl. Sack „ I 20—21 M., „ II 19 M.
Weizenschalen 8.75—9.00 M.
Roggenmehl per 100 kg exkl. Sack Nr. 0, „ I 21.50—22.00, „ II 16.50 M.
Roggenkleie M. 9.50—10.00 per 100 kg exkl. Sack.

Ausserdem wurden notiert nach den Angaben der Leipziger Spritfabrik.

Spiritus (unversteuert) p. 10000 Liter % ohne Fass	mit 50 M. Verbrauchsabgab.	62.90 M.	Geld
	„ 70 M. „	43.20 M.	Geld
Dienstag, 22. Februar	„ 50 M. „	63.00 M.	Geld
	„ 70 M. „	42.40 M.	Geld

Für den Inseratenteil ist die Redaktion dem Publikum gegenüber nicht verantwortlich.

Käufe und Verkäufe.

Auf Bestell. gearb. Stell. Plüsch-Sofa m. Taschen zu verk. Connewitz, Querstr. 17, p.

Gebr. Sofa, wie neu, spottbillig. Sternwartenstr. 41, Eing. H. r. IV. l.

Gebr. Küchenschr. m. Aufs., Kommode bill. zu vk. Plagw., Weißens. Str. 58, II.

Halbrenner u. Kinderwagen, fast neu, bill. zu vk. Plagwitz, Mühlstr. 46, II., M.

Ein **Pneumatik-Rover** billig zu verk. Promenadenstr. 22, H. III. l.

Rover, guterh., 25 Mk., zu vk. Marienbrunnerstr. 221, p. r., b. Napoleonstein.

1 noch guterh. Kindersitzwagen bill. zu verk. Anger, Gartenstraße 38, III. r.

Singer-Nähmaschine preiswert zu verk. Reudnitz, Rathausstraße 7, III. l.

Ein tafelförmiges Klavier ist billig zu verk. Lindenau, Wettinerstr. 35, III. r.

Getr. Winterüberzieher sehr billig zu verk. Plagwitz, Weißenfelser Str. 17, II. l.

1 Paar Langstiefeln zu verk. Anger, Bernhardstraße 11, II. M.

189er Felix-Brasil, 5 Pfg.-Cig., hochf., empf. G. Kelterborn, Gohlis, Halleschestr. 115.

Roman, Marino Marinelli, sehr bill. zu verk. Merseburger Str. 97, I. lks.

Wegzugsh. schöne Gartenlaube zu vk. Anger, Wilhelmstraße 38, IV. lks.

Schöner Vogelbauer zu verkaufen Schleußig, Könneritzstraße 111, IV.

2 Heckbauer mit Nistkästchen zu verk. Plagwitz, Merseburger Str. 12, III. r.

Kaninchenstall, gut eingerichtet, bill. zu verk. Lindenau, Gundorfer Str. 23, III. r.

Hundehütte von Korbgeflecht, für kl. H. billig zu verk. Weststraße 66, IV.

Junge Hunde zu verkaufen. Gautzsch, Spinnereistr. 80c, II.

Junge Kanarienh., sehr g. Säng., bill. zu verk. Reudnitz, Oststr. 22, I. M.

2 gutsing. Kanarienv. u. 1 Petroleumkocher billig. Becker, Wintergartenstr. 9, I.

Gebr. Hobelbank zu kaufen ges. Adr. u. K. G. 100 Expedition d. Bl. erbet.

Vermischte Anzeigen.

Die Beleidig., die ich g. Hrn. Wilh. Riemschüssel gethan habe, nehme ich hiermit zurück. Leutzsch, 25. Febr. 1898. Martha Wohlfahrt.

Verloren

zum oder im Albertgarten **goldener Klemmer mit Kette.** Gegen gute Belohnung abzugeben bei Coffler, Neuschönefeld, Eisenbahnstraße 31.

Ein **gold. Armband** am Sonnabend in d. Drei Mohren od. Weg n. Mehnerts Ballhaus verl. Teueres Andenken. G. D. Abzugeben Reudnitz, Wilhelmstr. 10, I.

Verloren w. von Kleinzsch. nach Gohlis über L. durch Waldstr., Rosenthal eine bunte Tischdecke mit gehäkelter Kante u. ein bunter Vorhang. Gegen Dank und hohe Belohnung abzugeben [1872 Kleinzschocher, Lutherstraße 16, I. r.

Tüchtige Chokoladenarbeiterin die schon länger in Chokoladenfabrik thätig, bei gutem Lohn gesucht **Ferd. Lederer**, Neuschönefeld.

Suche f. m. Sohn, w. zu Ost. b. Sch. nl. St. als Lehr- o. Laufb. Adr. Sellerh., Grenzstr. 23, II.

Mädchen v. Lande, f. St. als Dienstmädchen. N. Sternwartenstr. 73, H. l. p. r.

Ein Kind wird in gute Pflege genomm. Lindenau, Gutsmutsstraße 42, II. lks.

Eleg. Damen- u. Kindergard. w. gut, saub. u. bill. gef. Neusch., Friedrichstr. 15, I.

Eleg. Herrenkleider fertigt billig A. Krause, Anger, Bernhardstraße 23, IV.

Strümpfe w. neu gestrickt u. angestrickt. Fenzsch, Schönefeld, Dimpfelstr. 3, IV.

Familienanzeigen.

Unserer Mutter **A. Rodenhauser** die besten Wünsche zum heutigen Tage. **Ihre Jungs.**

Wir gratulieren Marie Käppler zum 30. Geburtstage. Die Alten K....

Fräul. Käppler zum 30. Geburtstage gratuliert St. L.

Wir gratulieren alle drei zum 30. Geburtstage. Du ahnst es nicht.

Wir gratul. unf. lieb. Vater zu seinem 30. Geburtst. Amalie Bode nebst Kinder.

Fr. Minna Nagel soll leben. Du ahnst es nicht.

Frau Minna Nagel zu ihrem 25. Geburtstage lebe hoch. Nun, rate mal.

Herrn Buchhalter H. Bader gratul. zum Geburtstage. Das Erlanger.

Frl. Kl. Altmann ein donnernd. Hoch zum heutig. Tage. W. E. A. Sch.

Meiner lieben Frau die herzl. Glückw. zum heutig. Geburtstage. Otto Mehr.

Hoch lebe Herr H. Bader zum Wiegenfeste. E. Sch. A. B.

Herrn Ernst Jakob gratuliert herzlichst zum heutigen Tage. Familie D.

Der Tante Elsa Jurghans z. Geburtstage gratulieren Die Gohlser.

Unf. Freund Neugebauer z. h. Wiegenfeste die besten Glückwünsche F. Müller.

Unser Ernst Jakob lebe [illegible] Nun rate mal.

Frau Bertha Bischof die herzl. Gratul. zum heutigen Tage. G. P.

Quacks Lina soll leben [illegible] Hermann.

Es gratuliert Gustav Koch z. Wiegenfeste. Fritze u. D.

Herrn Heinrich Baader gratul. herzlich Die Familie Schwitzing.

Todesanzeige.

Am 26. Februar nachts ¾11 Uhr verschied nach kurzem aber schwerem Krankenlager unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter

Amalie verw. Kupfer

im Alter von 76 Jahren. Die Beerdigung findet Dienstag den 1. März ½1 Uhr vom Trauerhause, Jahnstr. 24, aus statt. 1887] **Familie Heusing.**

Dank.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme und den reichen Blumenschmuck sowie die Begleitung zur letzten Ruhestätte meines mir unvergeßlichen Mannes

Theodor Buchheim

spreche ich hierdurch meinen herzlichen Dank aus. [189

Stötteritz, den 25. Februar 1898.

A. verw. Buchheim
zugleich im Namen der Hinterbliebenen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-18980228/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG